

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Sonnabend, den 2. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Philosoph der unbewußten Reaktion.

Die erste und vornehmste Pflicht eines leitenden Staatsmannes in einem konstitutionellen Staatswesen nach einer allgemeinen Parlamentswahl ist die Entwicklung seines politischen Programms. Das Volk hat ein Recht, zu erfahren, wohin der Regierungskurs geht und welche Aufgaben sich die leitenden Staatsmänner stellen. Ja, in Staaten mit tief eingewurzelter parlamentarischer Lebensform sind diese Programmerkklärung vorweg genommen durch den Verlauf und Ausgang der Wahlbewegung selbst. Diejenige Partei oder Parteiverbindung wird zur Führung der Staatsgeschäfte berufen, die die Mehrheit erlangt hat. In der Wahlbewegung selbst hat sie aber ihr Programm bereits nach allen Richtungen entwickelt. Wer von den führenden Politikern der siegenden Parteien dann an erster Stelle zur Leitung der Geschäfte berufen wird, braucht nur zusammenzufassen und präzisieren zu formulieren, was er selbst und seine Freunde bereits im Wahlkampfe als Leitgedanken für die Handhabung der Geschäfte angekündigt haben.

In dem bürokratisch regierten Deutschland spielt sich die Sache ganz anders ab. In der Wahlbewegung treten persönlich der Reichskanzler und die Staatssekretäre oder auch die Minister der Einzelstaaten gar nicht hervor. Nur ein paar ängstliche Ermahnungen zur Einigung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie in den Spalten der offiziellen Presse legen Zeugnis dafür ab, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sowohl die Kraft wie das Verständnis für die Rolle eines leitenden Staatsmannes abgeht. Auf den nämlichen Ton waren auch seine Reden in den Etatsdebatten des Reichstages gestimmt. Er leidet Seelenqualen, weil 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen für die Werbekraft unserer Ideen Zeugnis ablegen, und weil 110 Sozialdemokraten in den Reichstag hineingelangt sind. So waren denn auch die Reichstagsreden des Reichskanzlers eigentlich weiter nichts als ein beweglicher Sammelruf an die Adresse der bürgerlichen Parteien, ein Sammelruf, der sie samt und sonders auf eine konservative Politik verpflichten will. Zwar redete er davon, daß sich das deutsche Volk danach sehne, vor große Aufgaben gestellt zu werden; aber was er selbst als große Aufgaben skizzierte, waren teils Hinweise auf wirtschaftspolitische Fragen ohne nähere Angaben, welcher Lösung er sie entgegen zu führen wünscht, wie die Wohnungsfrage oder die innere Kolonisation, teils zeigte sich sogar in der flüchtigen Skizzierung seiner großen Aufgaben der reaktionäre Pfadefuß.

Als der Kanzler hinwies auf „die Notwendigkeit, die selbständigen wirtschaftlichen Existenzen des Mittelstandes zu heben und zu vermehren“, lohnte ihm lebhaftes Bravo rechts. Ganz begreiflich, denn das war nur ein Wiederhall der deutlicheren Forderung, die von den Rednern des Zentrums und der Konservativen im Interesse einer reaktionären Mittelstandspolitik vorgebracht waren. Gegen unläuteren Wettbewerb durch das Großkapital wollen auch wir Sozialdemokraten den Mittelstand schützen. Wir würden deshalb gesetzliche Bestimmungen willkommen heißen. Aber Maßregeln zur künstlichen „Vermehrung“ des Mittelstandes zielen auf die Unterbindung und Verhinderung der wirtschaftlichen Entwicklung durch allseitige zünftlerische Einschütrungen zum Schaden der Gesamttheit hin. Das ist alles andere aber denn eine große Aufgabe, das ist die kleinlichste Winkelfucherei, die obendrein an dem ehernen Betriebe der kapitalistischen Entwicklung fruchtlos zerschellen wird, wenn deren Ausposaunung auch vorübergehend einige leichtgläubige Handwerker den reaktionären Parteien und der Regierung in das Wahlgarn treibt.

Wenn der Kanzler ferner sagt, es sei „hingewiesen worden auf den großen Komplex von Fragen, die mit den Machtfaktoren im Zusammenhange stehen, welche das Koalitionsrecht der industriellen Arbeiter in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben neu hat entstehen lassen“, so muß man sich erinnern, daß die Abgeordneten der Rechten, auf die Bethmann sich bezog, auf solche Maßregeln hinwiesen zu dem ausgesprochenen Zweck, eine Einschränkung des Koalitionsrechts zum Schaden der Arbeiter in die Wege zu leiten.

Während der Kanzler so mit reaktionären Plänen abguckte, wies er gleichzeitig schroff alle jene Forderungen zurück, die im Interesse einer weiteren Demokratisierung unserer Verfassung in der Wahlbewegung eine große Rolle gespielt haben und zweifellos von der überwiegenden Mehrheit des Volkes vertreten werden. So, als er auf das Reichstagswahlrecht zu sprechen kam, ließ er

durchblicken, daß er zu dessen Mängeln auch „die Über-treibung des nackten Zahlenprinzips“ rechnet und wenn der Reichstag bereit sei, diesen „Schaden“ zu heilen, er, der Kanzler, auch die Hand zur Wiederherstellung der Gleichmäßigkeit der Wahlkreise bieten würde. Was ihm da vorschwebt, ob etwa die Einführung von Pluralstimmen für „Bildung und Besitz“ oder sonst irgend eine reaktionäre Verfälschung des gleichen Wahlrechts, ist unklar. Das deutsche Volk wird sich das gleiche Wahlrecht, diese Errungenschaft des Jahres 1848, nicht mehr nehmen lassen, dafür blühen 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen. Kennzeichnend für den „verantwortlichen“ Reichskanzler ist es aber, daß er es wagt, die Durchführung der Gesetzesbestimmung, die für jeden Abgeordneten eine annähernd gleiche Wählerzahl festsetzt, abhängig zu machen von der Ungleichmachung der einzelnen Wählerstimmen selbst. Denn auf einen solchen lächerlichen Plan kommt seine verschleierte Andeutung hinaus.

Wenn der Mann, der so in ungemilderten reaktionären Plänen schwelgt, sich nun obendrein als eine über den Parteien stehende Persönlichkeit anpreist, so ist das nur ein Beweis dafür, daß auch ein bescheidenes Maß von Selbsterkenntnis diesem Pseudophilosophen in bedauerlicher Weise mangelt.

Unser Philosoph hofft aber obendrein, auf dieses reaktionäre Sammelprogramm hin die bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen die Sozialdemokratie einen zu können. Denn nach der Skizzierung seiner „großen Aufgaben“ fuhr er wörtlich fort:

„Wir werden diese großen Aufgaben nur lösen können, wenn das Bürgertum des alten Habers vergiftet, wenn es bereit ist, an die Erreichung großer Aufgaben auch große Mittel zu wenden, wenn es entschlossen ist, zur Verteidigung der hohen Güter, die wir in unserer bestehenden Staatseinrichtung besitzen, und wenn es sich bewußt bleibt, daß das ganze Bürgertum zugleich die Interessen praktisch zu vertreten hat, mit denen die Millionen deutscher Arbeiter an das Vaterland gefesselt sind.“

In diesem bemerkenswerten Satz bestreitet der Kanzler also einmal der Sozialdemokratie die Fähigkeit, die Interessen der deutschen Arbeiter praktisch zu vertreten, da er diese Aufgabe den geeinten Parteien des Bürgertums zuweist, er will das geeinte Bürgertum aber auch verpflichten auf die Erhaltung der bestehenden Zustände und auf die Aufbringung größerer Mittel, also neuer Steuern. Gliedert man diese Forderungen seinen flüchtigen skizzierten Einzelwünschen an, so ergibt sich ein konservatives Gesamtprogramm mit reaktionärer Verbrämung, wie es volksfeindlicher kaum von einem der extremsten Führer des Sunkertums zu erwarten wäre, wenn er an die Spitze der bürokratischen Verwaltung gestellt würde. Um so komischer mutet es an, wenn dieser Mann der konservativen Grundstimmung und der reaktionären Wünsche wiederum im Banne mangelnder Selbsterkenntnis feierlich verkündet: „Unheilvoll aber wäre es, wenn wir unsere Politik nach den zwei Polen sozialdemokratisch oder reaktionär orientieren wollten.“

Würde Bethmanns Sammelruf Erfolg haben nicht nur beim Zentrum und bei der Rechten, die jetzt schon dieser Vertretung ihrer Interessen durch den Reichskanzler Beifall zollen, sondern auch bei den liberalen Parteien, dann würde gerade das eintreten, was diesem Philosophen der unbewußten Reaktion so unheilvoll dünkt: die deutsche Politik würde nach den zwei Polen, sozialdemokratisch oder reaktionär, orientiert werden. Wir Sozialdemokraten würden eine solche klare Scheidung am wenigsten zu bedauern haben. Hätten wir dann auch auf die Erfüllung mancher Einzelforderungen länger zu warten, so würde unser sozialistisches Endziel doch nach dem Zusammenbruch des reaktionären Systems um so rascher verwirklicht werden. Wir wünschen aber Katastrophen möglichst zu vermeiden und auch im Gegenwartsstaat schon Verbesserungen der Lebenslage des Proletariats und die Ausdehnung seiner Rechte zu erringen. Wollen die Liberalen uns dabei behilflich sein, so sind sie uns als Bundesgenossen im Kampfe gegen Bethmann und sein Sammelprogramm willkommen, folgen sie aber der Lockpfeife des Philosophen der unbewußten Reaktion, so werden sie mit ihm rettungslos im Reaktionssumpf versinken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die Weiterführung der sozialpolitischen Debatte am gestrigen Tage brachte zuerst die kleinen Leute des Reichstags. Der Antisemit Dr. Werner-Gießen er-

heiterte längere Zeit durch seine eigenartigen Anschauungen über Sozial- und Wirtschaftspolitik. Es ist nicht ersäulich, daß er die Schutzollpolitik unbedingt verteidigt, und daß er auch in der sogenannten Mittelstandsfrage alle möglichen reaktionären Forderungen vertritt. Die Zerstümmung seiner Partei durch die Reichstagswahlen hat ihm offenbar die Erkenntnis nicht beigebracht, daß der Mittelstand selbst von so gestalteter „Rettung“ nichts mehr wissen will. Ausschließlich ist es die ganze Existenzbedingung dieser merkwürdigen Politiker, gerade die unmöglichsten und längst widerlegten Irrlehren einer hilflosen Reaktion zu verteidigen. Diese Hilflosigkeit empfand auch der Abg. Werner, als er auf den Ausfall der Wahlen und das Anwachsen der Sozialdemokratie zu sprechen kam. So viel weiß er jedenfalls, daß kein Revisionismus ihm und seinen Anhängern wird helfen wollen, und er hat auch die richtige Ahnung, daß seine Politik mehr und mehr zugrunde geht. Man kann es unter solchen Umständen verstehen, daß seine reaktionären Anstrengungen lediglich befristend auf die äußerste Linke wirken, namentlich zum Schluß, als er die traditionellen Ausfälle gegen die jüdische Presse und den jüdischen Einfluß unternahm. Der Abg. Bruhn, der nun auf der Rednertribüne folgte, hatte indessen nicht einmal die bescheidenen Genugtuung, das Lachen der Linken und ihre fröhliche Aufmerksamkeit zu genießen; als er die Treppe hinaufflieg, leerte sich die linke Hälfte des Saales vollständig. Der Mann der „Wahrheit“ ist in der Tat auch für wenig empfindliche Nerven schwer zu ertragen. Die Behandlung, die ihm zum Schluß in einer persönlichen Bemerkung vom Genossen Liebknecht, den er angerempelt hatte, zuteil wurde, war durchaus angemessen.

Vom Zentrum sprach noch der Abg. Dr. Pieper, der in längerer Rede die sozialpolitischen Resolutionen seiner Partei begründete. Man konnte darauf gefaßt sein, daß auch dieses Mal wieder von seiten des Zentrums eine platonische Liebeserklärung zugunsten des freien Koalitionsrechts erfolgen würde. Die Partei, die lediglich noch eine Schutztruppe des Sunkertums ist, wäre allerdings auch bei gutem Willen nicht in der Lage, aus den lebenswürdigen Worten ernste Taten entstehen zu lassen.

Der Tag hatte begonnen in einer ziemlich ausführlichen Debatte über die Rechnungslegungen vom Jahre 1906 und 1907. Genosse Noske, als Redner der sozialdemokratischen Fraktion, brachte hierbei die unerhörten Mißbräuche zur Sprache, die von der Militärverwaltung bei der Pensionierung durchaus arbeitsfähiger Offiziere begangen werden, denen es auf diese Weise ermöglicht wird, in Privatbetrieben zu ihrer ansehnlichen Pension noch beträchtliche Gehälter zu beziehen. Abg. Erzberger schloß sich dieser Kritik an, während der preußische und württembergische Militärbevollmächtigte das Unmögliche zu verteidigen suchten. Graf Posadowsky sprach von der Notwendigkeit, ein Komptabilitätsgesetz über die Durchführung des Etats nach bestimmten Grundsätzen zu beschließen. Seine Anregung, die sehr erstreulich wirken konnte, legt die berechtigte Frage nahe, warum ihm solche Gedanken nicht in der Zeit seines Ministeriums gekommen sind. Jedenfalls wird die Rechnungskommision, der die Rechnungen überwiesen wurden, die sogar vom Rechnungshof kritisierten Mißstände ernsthaft zu prüfen haben.

Die sozialpolitische Erörterung ist heute vormittag mit einer Rede unseres Genossen Schmidt fortgeführt worden.

Kriegstreiber.

Die außerordentlich zahlreichen inaktiven Generale beginnen immer mehr, sich recht unangenehm bemerkbar zu machen. Die hohen Pensionen, die sie aus den Taschen der Steuerzahler beziehen, sichern ihnen ein sorgenfreies Leben, und da sie sich meist einer beneidenswerten körperlichen und vielfach auch geistigen Frische erfreuen, versuchen sie, sich politisch zu betätigen. Man denke nur an die Reim, Liebert, Klöden und Wrochem. Die Tätigkeit des Generals Bernhardt liegt mehr auf militärchristlicher Gebiete, aber alle diese Herren sehnen einen Krieg förmlich herbei, und ihr ganzes Wirken trägt dieser Sehnsucht Rechnung. General Bernhardt, der als Schriftsteller geradezu unheimlich produktiv ist, wird demnächst ein neues Werk erscheinen lassen, das von der „Post“ mit einem wahren Freudengeheul begrüßt wird. Diese Tatsache läßt einen sicheren Rückschluß auf die Tendenz des Buches zu. Die „Post“ ist auch bereits in der Lage, Auszüge aus dem Werk des Generals Bernhardt zu bringen, und diese Bruchstücke rechtfertigen die Annahme, daß es sich um eine Tendenzschrift nicht unbedenklicher Art handelt. Wir wollen aus den Auszügen nur die folgende Probe bringen:

„Wenn die Reichsregierung geglaubt hat, unter den heutigen Verhältnissen den Krieg vermeiden zu müssen, läßt doch die Weltlage erkennen, daß es sich nur um eine kurze Frist handeln kann, bis wir von neuem vor die Frage gestellt sein werden, ob wir mit dem

Schwerte für unsere Weltstellung eintreten oder auf eine solche überhaupt verzichten wollen. Warten dürfen wir keinesfalls, bis unsere Gegner ihre Rüstungen vollendet haben und ihrerseits den Augenblick zum Angriff für gekommen halten."

General Bernhardt fühlt sich anscheinend berufen, in der Rolle des freiwilligen Regierungskommissars, die Begründung der neuen Militärvorlage zu übernehmen. Aber die Absichten, die damit verfolgt werden, kann eine Unklarheit nicht bestehen, die Hintermänner der "Post" letzten nach Probst.

Zu der Budgetkommission des Reichstages

wurde, angeregt durch den Abg. Hoch, lebhaft über die Mißstände debattiert, daß hohe Staatsbeamte nach ihrer Pensionierung in glänzend bezahlte Privatdienste sich begeben, trotzdem aber ihre erheblichen Pensionen weiter beziehen. Es wurde dabei besonders auf den am 1. April abgehenden Präsidenten des Statistischen Amtes hingewiesen, der nach erfolgtem Dienstaustritt Geschäftsführer des Schutzverbandes der Grundstücksinteressenten wird, aber schon heute im Interesse seines neuen Dienstes tätig ist, ein Skandal, den Abg. Südekum in scharfer Weise kritisierte. Selbst Staatssekretär Debrück bezeichnete das Verhalten des erwähnten Präsidenten als taktlos und ungehörig. Da die Fälle sich häufen, wo hohe Reichsbeamte in Privatdienste treten und ihre Pension weiter beziehen, wie auch schon Offiziere, die früher mit der Abnahme von Waffenlieferungen zu tun hatten, den Abschied nahmen und dann bei einer der liefernden Firmen eingetreten sind, wurde allgemein in der Kommission der dringende Wunsch nach Änderung laut. Es fand eine Resolution Annahme, die eine Novelle zum Offiziers- und Beamtenpensionsgesetz fordert, durch welche Einkommen aus einer im Ruhestand erfolgten Privatstellung unter bestimmten Voraussetzungen auf das Ruhegehalt angerechnet werden können.

Ebenso lebhaft wurde über den teuren und unständlichen Kanzleidiens dienst debattiert. Abg. Paasche wies auf Grund einer Zuschrift darauf hin, daß bei einer obersten Reichsbehörde von 62 Kanzleibeamten nur 37 mit Schreibarbeiten beschäftigt werden, alle anderen mit der Beaufsichtigung und mit bürokratischem Formalismus. Die Staatssekretäre Wermuth und Debrück erklärten sich bereit, auf Vereinfachung und Verringerung der Kanzleiarbeit hinarbeiten zu wollen. Im Staatsbetriebe lägen jedoch die Dinge anders, als in einem Privatbetriebe. Die Kanzleibeamten fertigten vielfach die Schreibarbeit noch im Akkord an, wobei sie sich zu ihren guten Gehältern noch einen reichlichen Nebenverdienst verschaffen. Die Kommission nahm eine Resolution an, die die Regierung auffordert, eine Reform und Verringerung des Kanzleiwesens herbeizuführen.

Das Preussische Abgeordnetenhaus

erledigte Freitag eine Reihe kleinerer Etats, darunter den Etat der Lotterieverwaltung. Hierzu lag ein Antrag der Konservativen vor, der darauf abzielte, daß in höherem Maße als bisher pensionierte Offiziere mit Lotteriekollekten bedacht werden sollten. Unsere Genossen Hoffmann und Liebknecht wandten sich scharf gegen diesen Antrag und legten gleichzeitig unsere grundsätzliche Ansicht zum Lotteriel- und Glücksspiel überhaupt dar. In der Debatte, die durch das Eingreifen des Abg. Stroffer einen heftigen Charakter annahm, zog sich Hoffmann einen Ordnungsruf zu, weil er den Krieg einen Hohn auf Gott und die Menschlichkeit genannt hatte. Ein so ungerechter Ordnungsruf dürfte wohl noch nie erteilt worden sein. Der Antrag wurde angenommen. — Ein weiterer Antrag Hammer (Konl.) auf Verschärfung der Warenhaussteuer wurde einer Kommission überwiesen. Die Stellung unserer Fraktion präzisierter Genosse Hirsch, der gegen die Warenhaussteuer als ein Ausnahmegeretz Einspruch erhob und den vorliegenden Antrag als eine steuerrechtliche Unmöglichkeit bezeichnete. — Sonnabend ist Schwerinstag. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle der Antrag Brandenstein (Konl.) auf Änderung der Geschäftsordnung. Dann folgen Anträge betr. die Jugendpflege, das Submissionswesen, Wohnungsgesetz, Beirathung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht usw.

Bei der Reichstagswahl

im Kreise Rölln 5 (Waldbroel-Siegkreis) wurden für Krimborn (3.) 17 003, für Lamberg (3.) 31, für von Holleben (N.L.) 46, für Schack (S.D.) 23, für Schneider (Widj.) 79, für Hein (Christl.-sozial) 35 Stimmen abgegeben. Zerpfittter waren 133 Stimmen. Demnach ist Krimborn (3.) gewählt.

Das kommende Reichstheatergesetz.

Die Ankündigung von der bevorstehenden Vorlage eines Reichstheatergesetzes an den Reichstag dürfte verfrüht sein. Wie die „Deutschen Nachrichten“ erfahren haben wollen, werden in der nächsten Zeit noch einmal Interessenten und Sachverständige vernommen, jedoch also noch eine geraume Zeit vergehen kann, bis der Entwurf fertiggestellt ist.

Ein weiterer Vorstoß der Scharfmacher.

Dem Beispiel der sächsischen Konservativen folgend hat nun auch die konservative Reichstagsfraktion einen Vorstoß gegen die um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfende Arbeiterklasse unternommen. Zum Etat des Innern, der noch etwa 14 Tage lang im Reichstage zur Beratung steht, haben die Konservativen eine Resolution eingebracht, wonach der Reichstag beschließen möge:

„die verbündeten Regierungen zu eruchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung bezw. des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein wirksamer Schatz der Arbeitswilligen gegen Hinderung an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird.“

Im Weiten deckt sich dieser Antrag mit dem von den Konservativen im sächsischen Landtag gestellten. Es ist die nächste Aufforderung an die Regierung, dem Reichstage ein neues Zwangsarbeitsgesetz vorzulegen.

Es war einigermaßen auffallend, daß der wild gewordene konservative Jüngling Pauck, als er am Mitt-

woch zum Reichsamt des Innern sprach, mit keinem Wort auf sein sonstiges Lieblingsstigma, den „sozialdemokratischen Terrorismus“, einging. Offenbar bestand unter den Konservativen eine bestimmte Abmachung, denn der Scharfmacherantrag ging erst später zum Druck und wurde dann in später Abendstunde den Abgeordneten zugestellt. Bis zum Schluß der Reichstagsitzung am Mittwoch war ein weiterer konservativer Redner noch nicht zum Wort gemeldet. Es handelt sich also um einen wohlwollenden Plan. Das Vorgehen der sächsischen Konservativen hat unter der sächsischen Arbeitererschaft eine lebhaft empörte Ausgelöst, die allem Anschein nach selbst das Interesse an der Schulvorlage zurückdrängen dürfte. Die neueste Aktion der Konservativen im Reich aber dürfte die ganze klassenbewußte Arbeitererschaft Deutschlands auf die Schanzen treiben zur Verteidigung der höchst bedrohten Koalitionsfreiheit. Um den Schutz der Arbeitswilligen kann es sich nicht handeln, denn kein Mensch in Deutschland erfreut sich heute eines unbedingteren Schutzes als der Arbeitswillige. Das Treiben der Hingegardisten ist die Hälfte auch meist so frech, so provozierend, daß es eher angezeigt wäre, einen Schutz vor Arbeitswilligen zu verlangen. Wenn die Scharfmacher „Post“, die Ausdrücke, die sie zur Zeit der Marokko-Affäre gegen den Kaiser gebraucht hat, gegen Arbeitswillige anwenden wollte, dann würde sie rettungslos dem Staatsanwalt verfallen. Um wegen Majestätsbeleidigung verurteilt zu werden, muß die böse Absicht vorausgesetzt werden. Wegen Beleidigung Arbeitswilliger sind aber schon Arbeiter verurteilt worden, weil sie Arbeitswillige scharf angesehen haben. Sie wären vielleicht auch verurteilt worden, wenn sie die Arbeitswilligen nicht angesehen hätten; daraus hätte ein Gericht unter Umständen gefolgert, daß sie durch das Nicht-Ansehen ihre Verachtung zum Ausdruck bringen wollten.

Die Regierung besitzt „Material“ für die Notwendigkeit des Schutzes der Arbeitswilligen, das Material haben die Scharfmacher geliefert. Wir konnten vor einigen Wochen mitteilen, daß dieses Material wohlgeordnet in einer unter strengstem Verschluss gehaltenen Denkschrift niedergelegt ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß den Konservativen dieses „Material“ zugänglich gemacht wurde und daß die konservative Resolution bestellte Arbeit ist. Die nächsten Stunden schon können Klarheit bringen, den Hütern des Materials muß nun aber klar und deutlich gesagt werden:

Heraus mit Eurem Fleberwisch!

Die Reform der Ersten Kammer im sächsischen Landtage.

Am Donnerstag stand die Reform der Ersten Kammer im sächsischen Landtage zur Beratung. Die Nationalliberalen hatten eine Interpellation folgenden Wortlauts eingebracht:

Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu tun, um der seit langem von ihr selbst und den Ständekammern als berechtigt anerkannten Forderung auf eine den gegenwärtigen Verhältnissen im Lande entsprechende Änderung in der Zusammensetzung der Ersten Kammer gerecht zu werden?

Abg. Hettner begründete diese Interpellation und ersuchte die Regierung und die Konservativen inbrünstig, doch den Anforderungen der Industrie und der Nationalliberalen gerecht zu werden. Der Minister Bightum v. Eckstädt stellte sich auf den Standpunkt, daß er über den von der Regierung früher eingenommenen Standpunkt zur Reform — Verstärkung der Ersten Kammer durch einige Industrielle und einen Vertreter der Technischen Hochschule — nicht hinausgehen wolle. Die Konservativen stellten sich auf denselben Standpunkt und ihr Redner, Abgeordneter Opitz, verherrlichte den Staatsstreich von 1850. Die Freisinnigen griffen besonders die Sozialdemokratie wegen ihrer gänzlich ablehnenden Haltung an. Genosse Müller forderte völlige Aufhebung der Ersten Kammer. Genosse Klem ging besonders auf die Äußerungen des Abg. Opitz über den Staatsstreich ein und wies darauf hin, daß die Konservativen den Staatsstreich als Staatsnotwendigkeit dann bezeichnen, wenn es sich um Durchführung reaktionärer Dinge handelt; daß sie aber sonst die Revolution am liebsten im Blute erstickten möchten. Klem ging auch des näheren auf die Ausführungen des freisinnigen Abg. Günther ein, der behauptete, die Reform der Ersten Kammer scheitere an der Haltung der Sozialdemokratie. Günther erinnerte dabei an unsere Stellungnahme im Reichstage zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage; dort hätten wir die Erste Kammer mit in den Kauf genommen. Unser Redner antwortete darauf, wenn man im sächsischen Landtage das allgemeine gleiche Wahlrecht einführen wollte, dann könnte man vielleicht über eine Reform reden, aber lediglich eine Vermehrung um ein paar Kommerzienträger verdiene den Namen „Reform“ nicht und daran könne sich die Sozialdemokratie nicht beteiligen.

Schwarze Pläne.

Im konservativen „Reichsboten“ macht ein Herr Konstantin Liebich Vorschläge, der Umsturzbevægung entgegenzutreten. Gewalt will er nicht angewendet wissen — dieser edle Mensch! Aber auch der „reine Geisterkampf“ führe nicht zum Ziele; denn „Sonne und Wind sind im Streit der politischen Meinungen nicht gleichmäßig verteilt. Die staatserkhaltenden Parteien sind den Umsturzleuten gegenüber im Nachteil, weil sie nicht mit gleicher Rücksichtslosigkeit unedle Waffen führen, unmoralische Mittel anwenden können. Lüge und Verleumdung, Aufreizung der schlechten Begierden findet man vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, im Lager der Sozialdemokratie und ihrer Freunde. Die Wurzeln des Erfolges der Revolution liegen zum großen Teil in dieser Unmoral, die sich nicht scheut, die verwerflichsten Mittel anzuwenden.“

Daher will Liebich die „Unmoral des politischen Kampfes“ strafrechtlich treffen. „Man schneide die unmoralischen Wurzeln der Revolution ab, indem man den Kampf vom politischen aufs ethische Gebiet verlegt. Unangetastet bleibe die Freiheit der politischen Meinungsäußerung; aber schwer bestraft und mit Strafe bedroht werde die politische, öffentliche Lüge und die Aufreizung der minderjährigen Jugend gegen Oberricht und Vorgesetzte.“

Das Verhängniswesen soll ausgebaut werden, ebenso ein verschärfter Schatz der Arbeitswilligen usw.

Wenn die politische Lüge und die Unmoral im Wahlkampf bestraft werden würde, so reichten die Gefängnisse nicht aus, um die Gegner der Sozialdemokratie aufzunehmen zu können. Und ganz besonders in konservativen Wahlkreisen ist in Unmoral gemacht worden.

Über den Konflikt in Elßaß-Lothringen

erklärt die Scharfpresse aus „unterrichteten Kreisen“, daß die elsass-lothringische Regierung ihr möglichstes tun wird, den von der Budgetkommission des Landtags gefassten Beschluß, den Gnadenfonds des Kaisers zu streichen, im Plenum nicht durchzuführen zu lassen. Falls die Regierung dies nicht erreichen sollte, wäre es nicht ausgeschlossen, daß es, da die Liberalen für die Beibehaltung des Fonds waren, und diese Partei mit den Konservativen die Mehrheit gegenüber dem Zentrum in der ersten Kammer bildet, zu einem Konflikt zwischen erster und zweiter Kammer kommt.

Aus dem bayerischen Landtage.

Die Zentrumsfraktion gebraucht ihre Macht in ausgiebiger Weise. Der Abg. Fischer, einer derjenigen, die für den Konflikt, der zur Auflösung des Landtages führte, mit verantwortlich sind, wurde zum Bundespräsidenten gewählt, und er erhielt nebenbei das Referat über den Kalluseat. Er hat so den politisch einflussreichsten und wichtigsten Kammerposten in der Hand. Das Elßaßbahreferat bekam der Abg. Held, der in der Konfliktperiode die Minister mit groben Schimpfreden bedachte. Die liberale Fraktion lehnte es ab, mit dem Zentrum gemeinsam die Geburtstagsfeier des Prinzregenten zu begehen; sie wird eine eigene Feier veranstalten.

Rußland.

Die parlamentarische Kinderstube. Es ist für die russischen Zustände ungemünz charakteristisch, daß die Duma nicht einmal die Möglichkeit hat, ihre Lektüre nach eigenem Ermessen zu bestimmen und in ständiger Kriege mit den Zensurbehörden liegen muß. Fortwährend werden ausländische Zeitungen und Schriften, die an das russische „Parlament“ gelangt werden, von der fürsorglichen Zensurbehörde unlesbar gemacht oder konfisziert. Ein Teil der Abgeordneten kommt diesen Bestrebungen entgegen, indem er den Zutritt von „illegalen“ Schriften zur Dumaabibliothek zu verhindern sucht. Der Vorsitzende der Bibliothekskommission, der edle Graf W. Bobrinski, verlangte sogar, daß sie der Polizei übergeben oder verbrannt werden. Nur infolge der Einmischung des Präsidenten wurde es durchgesetzt, daß derartige unheilbringende Schriften hinter Schloß und Riegel gehalten und nach besonderen Regeln an die Abgeordneten ausgehändigt werden. Es gibt aber noch eine Behörde, die die Lektüre der Volksvertreter überwacht — die Post! Seit Anfang dieses Jahres sah die Bibliothekskommission zu ihrem Staunen, daß die bei der Post bestellten Zeitungen: „Vorwärts“, „L'Humanite“ und „L'Avenir“ ihr nicht mehr zugestellt wurden. Auf ihre Reklamation teilte ihr der Chef der Postverwaltung Sewastjanoff in einem offiziellen Schreiben mit, die Zeitung „L'Avenir“, die von Burzew in Paris herausgegeben werde, sei zur Einfuhr in Rußland verboten und werde darum der Duma nicht zugestellt. Hinsichtlich des „Vorwärts“ und der „Humanite“ hielt der Chef der Postverwaltung es nicht einmal für notwendig, Erklärungen abzugeben. Dies alles geschieht, obgleich den Dumaabgeordneten in einem besonderen Gesetze das „Recht“ zuerkannt ist, alle möglichen Schriften und Zeitungen zu lesen.

Aus Lübeck und Hamburggebieten.

Sonnabend, den 2. März.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Misshandlung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grünmühle S. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zugun ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Der Streik auf der Grünmühle dauert unverändert fort. Herr Brüggen sieht immer noch auf dem Standpunkt, daß er Herr im Hause bleiben muß, aber mitunter ist er kaum äußerlich von seinen Arbeitern zu unterscheiden. In den letzten Tagen war nun in und bei der Mühle ein recht buntes Leben, es hatte nämlich ein Dampfer mit ca. 6000 Sack Getreide bei der Mühle angelegt. Die Mühle mußte nun zeitweise leer laufen, und alle, die imstande waren einen Sack zu tragen, mußten mit heran, damit der Dampfer leer wurde. Den Arbeitswilligen war es anzusehen, daß es ihnen teilweise recht schwer wurde, die Säcke zu tragen, trotzdem nur 180 Pfund (früher 200 Pfund) darin waren. Was dort für Elemente beschäftigt werden, bewies ja die Gerichtsverhandlung, in der festgestellt wurde, daß sämtliche fünf Angeklagte schon vorbestraft waren. Das ist sehr erklärlich, denn eingestellt wird alles, was kommt, nur keine, die im Verband sind. Es wurde sogar von einer hiesigen Mühlefirma dort ein Mann empfohlen, der auch angenommen wurde. Auf Vorkstellwerden bei der betreffenden Mühlefirma wurde uns erklärt, sie hätten den Mann zwar empfohlen, wären aber froh, daß sie ihn los wären. Daß es aber auch noch Mühlenbesitzer gibt, die offenbar anders denken wie Herr B., beweist der vor 14 Tagen ausgebrochene Streik der Mühlenarbeiter bei der Firma Oppenheimer u. Co. in Hamburg. Derselbe dauerte nur 3 Tage, da sahen die Herren schon ein, daß mit den Hingebredern und anderen Elementen, die schon die Mühle besetzt hatten, nichts zu machen sei; sie einigten sich mit ihren alten Leuten, indem sie ihnen Zugeständnisse machten, die den heutigen teuren Zeiten entsprechen. Sie geben ihren Leuten eine Zulage von 2—5 Mk. die Woche. Auch ein Beweis, daß es besser ist, mit seinen alten Leuten und dem Verband alles zu regeln. Aber Herr Brüggen will und kann es immer nicht begreifen, daß die Arbeiterbevægung mit der Zeit fortgeschritten ist; er will dem Arbeiter das Recht nicht zugestehen, daß derselbe da, wo er seine Arbeitskraft verkauft, ein Wort betreffs der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden hat.

Die Streikleitung der Mühlenarbeiter.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird heute Sonnabend, den 2. März und am Montag, dem 4. März, abends von 8 Uhr an zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Das Auslegen sozialdemokratischer Blätter in Gastwirtschaften. In Lübeck legen eine Anzahl Gastwirte immer noch nicht den „Lübecker Volksboten“ aus, obwohl in den Lokalen Sozialdemokraten verkehren und auch Anhänger anderer Parteien sehr oft gerade ein sozialdemokratisches Blatt lesen möchten. Der „Ostdeutsche Gastwirt“, die in Danzig erscheinende Fachschrift für die Gesamtinteressen der ostdeutschen Gastwirte und Hoteliers schreibt zu der Frage, ob die Gastwirte sozialdemokratische Zeitungen auslegen sollen, unter anderem folgendes:

„Da in den Gastwirtschaften, besonders aber in Großstädten, Leute der verschiedensten politischen Ansichten einkehren, ist es schon aus diesem Grunde angebracht, die Auswahl der in dem Lokale auszulegenden Tageszeitungen so zu treffen, daß jede Richtung der bekannten politischen Parteien vertreten ist, also auch die sozialdemokratische. Es gibt unter den einkehrenden Gästen aber zweifellos auch solche, die aufgeklärt und verständig genug sind, um nicht nur Blätter lesen zu wollen, die ihnen nach ihren politischen Ansichten sympathisch sind, sondern die sich durch Lektüre auch anderer Blätter über die Auffassungen und Absichten ihrer politischen Gegner gerne unterrichten möchten. Sie besuchen die Restaurants häufig nur zu dem Zwecke, um dort Gelegenheit zu haben, gegnerische Zeitungen zu lesen. Sie würden sich sehr enttäuscht fühlen, sie in dem Lokale, wo sie einkehren nicht zu finden und es aus diesem Grunde in Zukunft meiden. Gehört eine sozialdemokratische Zeitung aber zu den an dem betreffenden Orte erscheinenden Lokalzeitungen, so läßt es sich heute für die Gastwirte gar nicht mehr umgehen, sie in ihrem Lokale auszulegen. Die Zeiten sind doch längst vorüber, wo der Sozialdemokrat als ein Lump, Verbrecher, oder zu mindestens doch als ein verkommenen Mensch angesehen und geachtet wurde. Inzwischen ist die Sozialdemokratie salonfähig geworden. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Leute der Wissenschaft, Kunst, Bildung, ja selbst des Besitzes gehören ihr heute an. Sie ist zur stärksten Fraktion im Reichstag geworden und wird menschlichem Ermessen nach in absehbarer Zeit zur politischen Macht gelangen. Bei diesen veränderten Zeitverhältnissen handelt heute der Gastwirt wenigstens in großstädtischen Verhältnissen unklug und zeigt einen gewissen Grad von Rückständigkeit, wenn er sozialdemokratische Zeitungen aus seinem Lokale verbannt, weil er unter seinen Gästen Schwachköpfe vermutet, die daran Argernis nehmen könnten. Solche Witze sollten bedenken, daß es umgekehrt auch Gäste gibt, die schweren Anstoß an ihrer Kurzsichtigkeit und Rückständigkeit nehmen, die sich in der Nichtzulassung eines sozialdemokratischen Lokalblattes offenbart. Es geht heute in Großstädten wirklich nicht mehr, daß wie vor 30 Jahren die sozialdemokratische Lokalpresse in den besseren Restaurationslokalen streng verpönt ist, und ihr eine Wohnstätte höchstens in untergeordneten Kneipen und Spelunken angewiesen wird. Wenn unsere Kollegen ihre bisherige Stellungnahme bezüglich der sozialdemokratischen Presse nicht aufgeben, ist übrigens auch die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten den Boykott über solche Lokale verhängen würden, in denen die sozialdemokratische grundtätig ausgeschlossen wird. Wir halten es nicht für ratsam, es auf diese Kraftprobe ankommen zu lassen.“

Unsere Leser werden hoffentlich alle Gastwirte, die sozialdemokratische Zeitungen nicht auslegen, auf die Ausführungen dieser Fachschrift der Gastwirte hinweisen.

Die Praktiken des Reichverbandes gegen die Sozialdemokratie im Lübecker Reichstagswahlkampf des Jahres 1907 beschäftigt am Donnerstag das Berliner Schöffengericht. Wir entnehmen einem Bericht des „Vorwärts“ über die Verhandlungen folgendes:

Zur Schrenkung des Reichverbandes hat sein gesamter Vorstand, 12 Personen mit Herrn von Liebert an der Spitze, eine Verleumdungsklage gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Barth, eingereicht. Den Anlaß zur Klage bot ein am 9. November v. J. veröffentlichter kurzer Artikel über den Wahlkampf in Lübeck. Der Reichverband, dem kein Mittel so schlecht ist, wenn es im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Verwendung finden kann, der Reichverband, dem es auf eine Handvoll Unwahrheiten gar nicht ankommt, wenn sie nur eine Wirkung gegen die Sozialdemokratie versprechen, ist bekanntlich sehr empfindlich, wenn die von ihm Berührungspunkte mit scharfen Worten wehren. In diesem Falle haben es dem klagenden Vorstande zwei Sätze unseres Artikels angefallen. In dem einen Satz heißt es, der berühmteste Reichsverband gegen die Sozialdemokratie habe schon im Wahlkampf 1907 auch in Lübeck den Gipfel der Niedertracht zu erreichen versucht. Der andere Satz lautet: „Im Fürstentum Lübeck hoffen die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf ebenfalls durch die Mitwirkung des Reichverbandes verstärken zu können.“ Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, bot Beweis dafür an, daß sich der Reichverband 1907 in Lübeck nicht nur bemüht habe, den Gipfel der Niedertracht zu erreichen, sondern daß ihm das auch gelungen sei. Der Verteidiger verwies darauf, daß ein Flugblatt des Reichverbandes in Lübeck 1907 die schon vor zwei Jahren verbreitete Lüge verbreitete, der alte Liebknecht habe im „Volksstaat“ die Soldaten, welche aus dem Kriege 1870/71 heimkehrten, als zweibeinige Tiere in Uniform bezeichnet. Nachdem diese Behauptung durch ein sozialdemokratisches Flugblatt als Lüge nachgewiesen war, hat sie der Reichverband auf eine neue verbeichtet, in etwas abgeschwächter Form zwar, aber doch so, daß die Leser annehmen mußten, der alte Liebknecht habe die Soldaten schlechweg als zweibeinige Tiere in Uniform beschimpft. Da dem Verfasser dieses Flugblattes der authentische Wortlaut jener ganz anders lautenden Äußerung Liebknechts bekannt war, so habe er also wider besseres Wissen die Unwahrheit verbreitet. Die Behauptung, die der „Vorwärts“ für diese Kampfweise wählte, sei demnach durchaus berechtigt. — Der Satz, welcher davon spricht, daß die bürgerlichen Parteien hoffen, den Wahlkampf verstärken zu können, sei für den Reichverband überhaupt nicht beleidigend. Daß der Reichverband berüchtigt sei, werde dadurch bewiesen, daß eine Reihe anständiger Politiker aus dem bürgerlichen Lager sich die Hilfe des Reichverbandes ganz entschieden verweigert habe, weil sie dessen Kampfweise für unanständig halten. Im übrigen genieße der Angeklagte zweifellos den Schutz des § 193, denn als Redakteur des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei habe er ein ihm persönlich nahe angeheendes Interesse, die Angriffe des Reichverbandes auf die Sozialdemokratie abzuwehren und müsse deshalb freigesprochen werden. Rechtsanwalt Holz, der die Kläger vertrat, nahm für den Reichverband das Recht scharfer Worte zu gebrauchen, in Anspruch, gegen den Angeklagten aber, der doch auch nur scharfe Worte gegen die bekannte Kampfweise des Reichverbandes gebrauchte, beantragte der Anwalt eine empfindliche Freiheitsstrafe. Es kam hierauf noch zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen den beiden Anwälten

über die reichsverbändlerische Kampfweise, die schließlich auch vom Angeklagten Barth mit einigen kräftigen Strichen gekennzeichnet wurde. Das Urteil des Gerichts zeigt ein weitgehendes Verständnis für die Wünsche der klagenden Reichsverbandsführer. Genosse Barth wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat dem Angeklagten zwar den Schutz des § 193 zugebilligt, aber in dem Ausdruck, der Reichsverband sei beleidigt gewesen, den Gipfel der Niedertracht zu erreichen, erblickt es die Absicht der Verleumdung. Dagegen hält das Gericht den Passus, der besagt, daß die bürgerlichen Parteien hoffen, den Wahlkampf durch die Methode des Reichverbandes verstärken zu können, nicht für beleidigend.

Für denjenigen, der den Lübecker Reichstagswahlkampf im Jahre 1907 mitgemacht hat, ist das Urteil einfach unverkennbar. Der Schwindel mit der angeblichen Verleumdung der Reichsverbandsführer von 1870/71 als zweibeinige Tiere in Uniform, der auch nach dessen Wiederholung noch wiederholt wurde, war allerdings das stärkste, was unsere Gegner sich zur Unterstützung des liberalen Kandidaten leisteten. Wir haben das seinerzeit im „Volksboten“ noch weit schärfer gekennzeichnet, als das jetzt durch den „Vorwärts“ geschieht ist. Damals schloß sich jedoch merkwürdigerweise niemand beleidigt. Auch die anderen hier verbreiteten Flugblätter, in denen behauptet wurde, die Sozialdemokratie wolle den Bauernstand, das Handwerk und den Mittelstand ruinieren, die Ehe und Familie beseitigen, haben ebensowenig mit der Wahrheit zu tun, wie die „Zweibeinige-Tiere“-Suddelei. Sogar in bürgerlichen Kreisen Lübecks erregten diese Reichsverbandspraktiken — um uns jetzt auszudrücken — nur ein Gefühl tiefen Mitleids. Und der „Vorwärts“, der diese Praktiken scharf kennzeichnet, wird dafür mit Gefängnis bestraft. So will es die Gerechtigkeit!

Die Rangier-Lokomotive „Elbe“ entgleiste heute vormittag auf dem Gutiner Einfahrtsgleis kurz vor der Fackenburg-Brücke. Die Räder bohrten sich tief in den Sand. Es bedurfte bedeutender Anstrengung, um die Maschine wieder auf das Gleis zu bringen.

Volkschülerkonzert. Auf das am Sonntag nachmittag 8 1/4 Uhr im Koliseum stattfindende Konzert des Lehrer-Gesangsvereins sei hier noch einmal hingewiesen. Wie wir an dieser Stelle schon mitteilten, wirken in dem Konzert 500 Schüler und Schülerinnen aus unseren sämtlichen Volksschulen mit, die Massensänge und Einzelgesänge zum Vortrag bringen. Die Klangwirkung dieses großen Chorkörpers ist von ganz eigenartigem Zauber, dem sich niemand entziehen kann. Der Lehrer-Gesangsverein singt gleichfalls einige Chöre aus seinem reichen Repertoire. Der Reinertrag des Konzerts soll zur Gründung einer Reliefklasse verwendet werden, um Schülern und Schülerinnen Zuschüsse zahlen zu können, wenn die Wadlerlust sie mit ihren Lehrern und Lehrerinnen in die weitere Umgebung Lübecks hinauskreißt. In den letzten Jahren sind in der Beziehung auch hier so kräftige Anfänge gemacht, daß eine Weiterentwicklung dieser mehrkündigen Wandertouren nur zu wünschen wäre. Karten zu dem Konzert sind bei F. W. Raibel, Breitestraße 40, zu kaufen. Der Eintrittspreis ist auf 25 Pfg. festgesetzt, um jedem den Besuch zu ermöglichen. Auch an der Nachmittagskassette sind Eintrittskarten zu entnehmen.

Im Sausa-Theater beginnen heute die Aufführungen des Aufführungstheaters „Die rote Mühle“, das anderorts große Erfolge aufzuweisen hatte.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, abends 7 Uhr, gelangt auf vielseitiges Verlangen Richard Strauß' Oper „Der Rosenkavalier“ zur nochmaligen Aufführung. — Am Montag kommt das Lustspiel „Die Rheinixen“ von Heinrich Stobber, welches bei seiner Erstaufführung einen so außerordentlichen Erfolg hatte, zur Wiederholung. — In Vorbereitung befindet sich die lustige Gesangsposse „Robert und Bertram“ von Käfer mit Konzerti-Einlagen der Opern-Mitglieder und Ballett-Einlagen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag geht in neuer Einstudierung Hermann Sudermanns wirkungsvolles Schauspiel „Die Ehre“ in Szene. Die Hauptrollen sind mit den Damen Wetke, Hilbrecht, Laudien, Gerlach, sowie den Herren Schäfer, Hoff, Schwesiguth, Albert, Nowak, Heydecker, Heine und Pauly besetzt.

Schlutup. Die Wählerlisten zu den im März und Mai stattfindenden Gemeindevorstands- und Ergänzungswahlen sind an den Werktagen vom 2. bis 9. d. M. im Gemeindebureau Kirchstraße Nr. 15 zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Einsprüche gegen diese Liste sind bei dem Gemeindevorsteher vorzubringen.

e. Mori. Eine Wegegemeinde-Versammlung fand am 29. Februar unter Vorsitz des Bauernvogts Fr. Hoffmann in dessen Hause statt. Anwesend waren 19 Mitglieder mit 85 Stimmen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Auflassung von 18 Ar 64 Quadratmeter Land aus Artikel 72 von D. Seiler-Solkamp, war Rechtsanwalt Höppler aus Schwartau als Referent erschienen. Derselbe hielt eine längere Rede, der eine Diskussion folgte. In der Debatte beteiligten sich die Mitglieder Th. Boye und Chr. Bodt; die Abstimmung per Stimmzettel für Auflassung des Weges Nr. 3 ergab 7 Stimmen; gegen die Auflassung 28 Stimmen. Sie ist somit abgelehnt. Zum zweiten Punkt: Die Alleebäume von den Kansteinen zu entfernen und an die äußere Wegkante zu pflanzen oder ganz herauszunehmen, wurde beschloffen, den Vorstehenden des Landesverbandes zu erlauben: der Landesverband möge vom Morier Gutshof bis Gr.-Steinrade die Bäume umpflanzen oder ganz entfernen lassen. Schließlich wurde auf Antrag von Lange-Mori diesem die Rughiebung des Weges zur Grandrube freigegeben. Diese beiden letzten Anträge wurden einstimmig angenommen.

Samburg. Das erste Opfer der Hochbahn. Am Freitag morgen, gleich nach der offiziellen Inbetriebnahme der Hochbahn, wurde ein Bahnangestellter von einem von Barmbeck kommenden Hochbahnzug überfahren und getötet. Der mit dem Kontrollieren der Strecke betraute Streckenwärter Kart wurde, als er auf der Tunnelstrecke zwischen der Anger- und Wallstraße, gemäß der Vorschrift, einem Hochbahnzug entgegenging, um dabei die Freifahrt festzustellen, von dem Zuge erfasst und überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er gleich nach seiner Einlieferung im Marienkrankenhaus starb.

Mitona. Tödlicher Unfall in Gidekstedt. Bei Ausbesserungsarbeiten auf dem Dache der Wulfschen Drahtseilfabrik wurde der 23jährige Arbeiter Sottorf von der auf dem Dache befindlichen Transmission erfasst und buchstäblich in Stücke zerrissen.

Geestemünde. Vom Zuge getötet. Donnerstag abend wurde an dem Eisenbahnübergang bei der Leher Chaussee von dem um 7 Uhr 14 Minuten von hier nach Cuxhaven abgegangenen Zuge ein 14- bis 16jähriger Knabe überfahren und sofort getötet. Der Kleidung nach scheint der Getötete ein Schüler einer hiesigen höheren Lehranstalt zu sein.

Bremen. Vom Zuge überfahren. Amlich wird gemeldet: Auf dem östlichen Bahnübergang beim

Bahnhof Tostedt wurde Donnerstag nachmittag ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk durch einen Personenzug von Hamburg überfahren. Beide Pferde wurden getötet. Der Fuhrer, der Hofbesitzer Detlef Busch aus Tostedt, wurde bei Tostedt, wurde leicht, sein Knecht erheblicher verletzt. Die Verletzten wurden nach Anlegung von Totverbänden in ihre eigene Wohnung gebracht. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Bremen. Die Bürgerschaft verhandelte am Mittwoch über den Bruch der Schleusenmauer am Meserwehr. Der starke Frost dieses Winters hat für Bremen eine sehr unangenehme Begleiterscheinung gehabt, die leicht zu einer Katastrophe hätte werden können. Bei Eintritt des Tauwetters wollten mehrere höhere Beamte vom Wasserbauwesen die Eisdecke der Weser durch Stauung der Schleuse auf 5 1/2 Meter Wasserstand in Bewegung bringen. Der Versuch hatte zur Folge, daß die Schleusenmauer durch den ungeheuren Druck des aufgestauten Wassers brach und zum Teil einstürzte. Verschiedene Mitglieder der Bürgerschaft gaben deshalb ihrem Unwillen darüber Ausdruck, daß man in Bremen schon zu verschiedenen Malen von solchem Mißgeschick betroffen worden sei. Genosse Voigt führte unter anderem an, daß er bei Befestigung der Wehranlagen seitens der Bürgerschaft den Bauleiter auf bedenkliche Mängel hingewiesen habe, aber man bezeichnete dies für unwesentlich. Die geforderten 400 000 Mark für Aufräumungsarbeiten müßten ja bewilligt werden, aber es müsse eine Kommission schon jetzt niedergesetzt werden, die während und nach Vollendung der Aufräumungsarbeiten, wenn die Trockenlegung der Schleuse erfolgt sei, die Ursachen des bedauerlichen Einsturzes feststellen und die eventuellen Schuldigen zur Verantwortung ziehen könne. Diesem Antrag; widersetzten sich die Herren der Rechten und der Senat ganz entschieden und so wurde er abgelehnt. In der Verhandlung wurde auch zum Ausdruck gebracht, man habe einen nach Hamburg abgereisten, beim Bau beschäftigten Beamten als Sündenbock bezeichnet, was aber der Bürgermeister bestritt. Der Neubau der Schleuse dürfte 1 1/2 bis 2 Millionen Mark erfordern. Zum Glück ist die kleine Schleuse unverletzt geblieben, so daß die Schifffahrt zur Not aufrecht erhalten werden kann. — Die Einführung des biologischen Unterrichtes am Volksschullehrerseminar gab dem Genossen Holzmeier Veranlassung, anzufragen, in welchem Geiste der naturwissenschaftliche Unterricht am Seminar getrieben werden solle. Da er dabei auf die Methode eines Schulvorstehers hinwies, die er verurteilte, fand sich sofort ein liberaler Lehrer, der als Mitglied der Bürgerschaft diesen Vorsteher in Schutz nahm.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Eugen Onegin“, Oper in 3 Aufzügen von Peter Tschaikowsky. Als Neuheit gelangte gestern abend mit mehr als dreißig Jahren Verspätung die Oper des Russen Tschaikowsky, der am 6. November 1893 in Petersburg an der Cholera im Alter von 39 Jahren verstarb, zur Aufführung. Im Konzertsaal hört man Tschaikowskys Kompositionen sehr häufig, während seine Opern nur noch recht selten zur Aufführung gelangen. Dabei ist seine Musik durchaus charakteristisch und von nationaler Eigenart. Der Grundzug im Wesen zahlreicher Russen: eine gewisse Schwermut, verbunden mit der Neigung zum Fatalismus kommt darin, abgesehen von den hübschen Tänzen, prägnant zum Ausdruck. Was unser Ohr zunächst fremdartig berührt, erhält bald einen fesselnden Reiz, der sich verstärkt, je länger er auf den Hörer wirkt.

Die Handlung von „Eugen Onegin“ ist kurz folgende: Tatjana, die Tochter einer Gutbesitzerin, liebt Onegin, den Gutsherrn. Dieser erwidert ihre Gefühle aber nicht und teilt ihr das auch mit, als sie ihm schriftlich ihre Liebe gestanden hat. Auf einem Ball bei der Mutter Tatjanas, an dem diese sowohl wie Onegin teilnehmen, wird getuschelt, daß nun die Verlobung stattfinden solle. Um diesem Gerücht ein Ende zu machen, widmet Onegin seine Aufmerksamkeit Olga, Tatjanas Schwester, deren Liebhaber Lenski, bisher Onegins bester Freund, ihn dafür in blinder Eiferucht beschimpft. Es kommt zu einem Duell, in dem Lenski fällt. Onegin geht dann auf Reisen. Nach zwanzig langen ruhelosen Jahren trifft er in Petersburg auf einem Feste Tatjana als die noch hübsche Gattin eines ihm bekannten Fürsten. Nun lobert auch in ihm die Liebesglut zu heller Flamme auf. Doch Tatjana, in deren Herzen zwar das alte Gefühl noch heimlich glimmt, weiß ihn von sich, um ihrem Manne die Treue zu halten. In Verzweiflung sinkt Onegin zu Boden, ein verlorenes Leben betauernd, das er sich selbst zuschreiben hat.

Die Aufführung des Werkes an unserer Bühne verdient die lebhafteste Anerkennung, die sie gestern abend fand. Herr Kapellmeister Pfeiffer hatte die Oper mit der bei ihm gewohnten Sorgfalt einstudiert und leitete sie mit liebevollem Verständnis und musikalischem Feingefühl. Herr Oberregisseur Beyer hatte für eine hübsche Inszenierung und namentlich für eine ebenso stimmungsvolle wie prächtige Ausstattung gesorgt. Aus der Reihe der Solisten ragten Herr Langefeld als Onegin und Fr. Widhalm als Tatjana hervor, deren gelungene und darstellerische Leistung ihrer reifen Künstlerkraft das beste Zeugnis ausstellten. Die übrigen Partien waren mit den Herren Wiktor (Lenski) und Fabian (Fürst), sowie den Damen Wolska (Olga), Urkadij (Wärterin) und Neuenborff (Gutbesitzerin) gut besetzt. Chor und Orchester taten gleichfalls voll auf ihre Schuldigkeit.

Die Aufnahme der interessanten Oper in den Spielplan unseres Theaters kann aufrichtig begrüßt werden. P. L.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 3. bis 10. März 1912:

Neues Stadttheater. Dienstag, den 5. März: „Doffmanns Erzählungen“, Oper von Jacques Offenbach. Mittwoch, den 6. März: „Das Sonnenkinder“, Sollenfahrt, ein heiteres Trauerspiel von Apel, Must von Friedr. Beermann. Donnerstag, den 7. März: „Eugen Onegin“, große Oper von Tschaikowsky. Freitag, den 8. März: Gastspiel Friedr. Schreiber, „Boccaccio“, komische Oper von Suppe. Sonnabend, den 9. März: Erstes Gastspiel Knote, „Siegfried“, Musikdrama von Richard Wagner. Sonntag, den 10. März, nachm.: „Doktor Klau“, Lustspiel von W. P. Arronge; abends: „Robert und Bertram“, Große Gesangs-Posse von G. Raeder, hierzu: Gesangs-Einlagen der Opern-Mitglieder und Ballett-Einlagen. Montag, den 11. März, 6 1/2 Uhr: Letztes Gastspiel Heinrich Knote, „Die Meisterfinger von Nürnberg“, Oper von W. Wagner.

Stadthallen-Theater. Sonnabend, den 9. März: „Antris der Marr“, Drama von Ernsthardt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. S. Sämtlich in Lübeck.



Konfirmanden-Anzüge

Auswahl und Preiswürdigkeit unübertroffen.

Konfirmanden-Anzüge blau oder schwarz Cheviot, bewährte Qualität . . .	9 ⁷⁵	Konfirmanden-Anzüge echtfarbig blau Cheviot, in zweireihiger Form	24 ⁵⁰
Konfirmanden-Anzüge blau Cheviot oder Krepp, sehr empfehlenswert	14 ⁷⁵	Konfirmanden-Anzüge blau Cheviot, in ein- u. zweireih. eleg. Formen	29 ⁷⁵
Konfirmanden-Anzüge blau Satin-Kammgarn, erprobte Qualität	18 ⁷⁵	Konfirmanden-Anzüge hochf. Molton-Cheviot, sehr eleg. verarbeitet .	39 ⁵⁰

Konfirmanden-Stiefel

Beste Erzeugnisse der Schuhindustrie.

Konfirmanden-Schnürstiefel Roßleder, für Knaben Größe 36-40, Paar	4 ⁹⁰	Konfirmanden-Schnürstiefel Roßleder, f. Damen, breite u. schlanke Form. Paar	4 ⁹⁰
Konfirmanden-Schnürstiefel Rindbox, für Knaben Größe 36-40, Paar	6 ⁷⁵	Konfirmanden-Schnürstiefel Wildbox, für Damen, moderne Formen . . . Paar	5 ⁵⁰
Konfirmanden-Schnürstiefel Boxcalf, für Knaben Größe 36-40, Paar	7 ⁵⁰	Konfirmanden-Schnürstiefel Rindbox, für Damen, elegante Formen . . . Paar	6 ⁵⁰

Große Auswahl
in
Konfirmanden - Hüten
Wäsche
Handschuhen
Krawatten, Schirmen
Taschentüchern.

Lübeckisches Gesangbuch 2⁹⁵ | Lübeckisches Schul-Gesangbuch 2²⁵
in guter gediegener Ausführung von 2 an mit gepreßtem Rücken und Deckel

Rudolph Karstadt

10.50 Mk. 12.50 Mk.



15.50 Mk. 18.00 Mk.

Alleinverkauf
F. Baurenfeind, Mühlenstr. 31.

Willy Koch
Zahn-Techniker
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Goldene und silb. Uhren
gut und billig.

S. Baruch, Pfandleihgeschäft,
Südstr. 35.

H. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-
handlg. u. Reparaturs-
werkstatt. Fünfhausen 13.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
Gr. Burgstr. 32.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Montag, dem 4. März 1912
abends 8¹/₂ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
Fortsetzung der Beratung der Anträge zum Verbandstag.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
Der Vorstand.

Rheinperle SOLO

Margarine, die Elitemarken der Branche ersetzen

Feinste Butter

Holl. Marg. Werke - Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Goch Rhld.

St. Lorenz erstes
und ältestes
**Motor- und
Fahrradhaus.**
Neue und alte Fahrräder
in großer Auswahl.
Eigene Emailier- u. Vernickelungs-
Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Telefon 2058.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	2.20-6.45
Maurerhosen . . .	2.60-6.75
Schlosserhosen . . .	1.88-5.25
Überziehhosen . . .	1.08-2.95
Zwirn-Hosen . . .	1.68-3.25

Leinene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Rafen, Hemden, Schlachter-
jacken, Feuertaschen, Maternmäntel
erkautlich billig. Mützen von 30
Pf. bis 1.88 ME. Note Lubeca.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Sozialdemokratischer Verein.
Mitglieder - Versammlung
am Dienstag, dem 5. März
abends 8¹/₂ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:
1. Abrechnung von der Reichstagswahl.
2. Vortrag des Genossen Stelling: „Was wird der neue Reichstag uns bringen?“
3. Der diesjährige Frauentag.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Auf Beschluß des Unternehmerschutzvereins deutscher Porzellanfabrikanten sind am 24. Februar sämtliche Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen der ihm angeschlossenen Betriebe ausgesperrt worden, weil die Isolatordreher wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt haben und sich weigern, sie bedingungslos wieder aufzunehmen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Leltow einige Dreher die Anfertigung einer neuen Sorte Isolatoren verweigerten, so lange nicht eine Verständigung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vorstellig geworden waren, erhielten sofort ihre Entlassung. Daraufhin legten sämtliche Isolatordreher des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiten für die bestreikte Firma in den anderen Isolierfabriken hergestellt wurden, kündigten die im Verband der Porzellanarbeiter organisierten Isolatordreher bei allen dem Syndikat der Isolatorenfabriken angehörigen Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher im Streik sich befinden. Nur zwei von den bestreikten Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und gehören der Unternehmer-Schutzvereinigung der Geschirrfabrikanten an. In den Geschirrabteilungen dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und wurde weiter gearbeitet. Trotzdem schloß sich der Unternehmerschutzverein deutscher Porzellanfabrikanten in den Streit und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter, mit dem Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach 8 Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können und für die eine Woche mit dem vollen Durchschnittsverdienst entschädigt werden sollen, wenn sie einen Revers unterschreiben, daß sie niemals dem Verbandsverband der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation genötigt werden.

Dem Verbandsverband der Porzellanarbeiter bleibt angesichts dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterstützung der Ausgesperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren.

Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands die dringende Aufforderung, durch

Vornahme allgemeiner Sammlungen zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen tatkräftig beizutragen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von

der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Porzellanarbeiter aufgebracht Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin

oder direkt an

Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einzahlung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgebaut wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell ausshändigen zu lassen.

Aber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin SO. 16, den 1. März 1912.

Engelufer 15.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Parlamentarische Kundgebung für die unschuldig verurteilten Mitglieder der russischen Duma.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Reichstages und der Landtage Deutscher Bundesstaaten erlassen folgende

Erklärung:

Am 1./14. Juni 1907 erhob die russische Regierung Anklage wegen Hochverrats gegen die aus 55 Personen bestehende sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma und forderte ihre sofortige Auslieferung an die Gerichte. Die Reichsduma-Kommission lehnte nach Prüfung des Anklagematerials die Auslieferung ab, worauf die Regierung am 3./17. Juni 1907 ihren Staatsstreich verübte, die Duma auflöste und 37 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion ins Gefängnis warf. Vor ein Ausnahmegericht gestellt, wurden die Angeklagten am 1./14. Dezember 1907 hinter verschlossenen Türen, mit wenigen Ausnahmen, zu langjährigen Zuchthausstrafen und lebenslänglicher Anweisung in Sibirien verurteilt. Nach vierjährigen unsäglichem Leiden der verurteilten Abgeordneten, nach dem Märtyrertode der Abgeordneten Dschaparidse und Dschugeli, hat es sich nun ergeben, daß die Verurteilung auf Grund eines Komplotts der Petersburger politischen Polizei (Dhrana)

zustande gekommen ist, in dem die falschen Anschuldigungen von Lockspitzeln die Hauptrolle spielten.

Bereits die oben erwähnte Dumakommission war, wie von ihrem Berichterstatter, dem Abgeordneten der konstitutionell-demokratischen Partei, Teslenko, in einer Sitzung der gegenwärtigen Reichsduma bezeugt worden ist, einmütig zur Überzeugung gelangt, daß in diesem Falle: „keine Verschwörung der sozialdemokratischen Fraktion, sondern eine Verschwörung der Dhrana (politischen Polizei) gegen die zweite Reichsduma“ vorgelegen hat. Die Bekennnisse des früheren Agenten der St. Petersburger Dhrana, Boleslaw Brodski, wie andere Enthüllungen haben diesen Verdacht zur Gewissheit erhoben. Dennoch hat der russische Justizminister es schlechthin abgelehnt, eine Untersuchung über die detaillierten Angaben des Brodski einzuleiten. Vergebens haben die Oppositionsparteien der Duma versucht, eine öffentliche Erörterung der empfindlichen Angelegenheit herbeizuführen.

Schon aus dem Gefühl der parlamentarischen Solidarität halten wir, die unterzeichneten Mitglieder deutscher Parlamente, uns für legitimiert, der von verschiedenen Seiten bereits laut gewordenen Forderung einer Wiederabnahme des Verfahrens gegen die unglücklichen russischen Abgeordneten beizutreten, und zwar einer Wiederabnahme unter dem vollen Lichte der Öffentlichkeit. In wenigen Tagen wird das Plenum der Duma zu entscheiden haben. Im Namen der Kultur und Menschlichkeit erheben wir in letzter Stunde unsere Stimme für die gepeinigten Opfer, die in den russischen Kasematten und in den sibirischen Einöden schmachten. Wir erwarten, daß die Duma sich nicht zur Mitschuldigen gezeichneten Ungerechtigkeit macht, und alles dafür einsetzt, um der mißachteten Gerechtigkeit Gehör zu verschaffen.

Berlin, den 29. Februar 1912.

Unterzeichnet ist dieser Aufruf von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten von Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Oldenburg, Hessen, Westfalen, Meiningen, Coburg-Gotha, Altenburg, Meckl., Elsaß-Lothringen, sowie von den Bürgerchaftsmitgliedern unserer Fraktion in Lübeck, Hamburg und Bremen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 1. März 1912.

17. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Debrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Rechnung über den Etat für 1910.

Wolke (SP.): In dieser Rechnung zeigt sich, daß die Voraussetzungen der Reichsfinanzverwaltung bei der Schaffung der neuen Steuern eine sehr mangelhafte war. Eine ganze Reihe indirekter Steuern hat sehr erhebliche Mindererträge ergeben. Wir können diese Tatsache nur begründen, denn sie zeigt, wie wenig praktischen Wert diese volksfeindlichen Steuern haben. Die Mehreinnahmen stammen aus einem großen Teil aus den großen Überschüssen, die die Reichsfinanzverwaltung ergeben hat. Die Postunterbeamten werden die großen Überschüsse mit gemischten Gefühlen betrachten, denn ihre beiderseitigen Wünsche sind trotz der großen Einnahmen nicht berücksichtigt worden. Die Staatsüberschreitungen machen eine recht erhebliche Summe aus, aber sie sind immerhin hinter den früheren Jahren zurückgeblieben; in dieser Beziehung hat sich die Wirtschaft dank der übermachten Tätigkeit des Reichstages gebessert. Bei den Konsulaten sind die Anstellungsverhältnisse recht mangelhaft. Es muß schädlich wirken, wenn so vielen Stellen von Handelsfachverständigen unbefestigt bleiben. Beim Auswärtigen Amte sind recht beträcht-

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(34. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Das wäre mir das Liebste, Papa. Wenn ich mich Dir nützlich machen könnte, Dir helfen, die Krisis zu überwinden, es würde mich sehr, sehr stolz und glücklich machen. Und es ist doch auch meine Pflicht.“

Der alte Herr wußte nicht, wie ihm geschah. Diese Erklärung kam ihm so ganz unerwartet. Das, was er immer gewünscht und gewollt, aber für unerreichbar anzusehen sich gewöhnt hatte, sollte nun in Erfüllung gehen.

„Wirklich, Paul, ist es auch Dein Ernst, tief er, den ihm Gegenüberstehenden ungläubig, forschend betrachtend. „Ist's auch nicht eine bloße Laune, eine augenblickliche Aufwallung, die Dir morgen wieder leid tun wird?“

Paul Schöler schüttelte entschlossen, ernst mit dem Kopf. „Nein, Papa. Mein Entschluß ist das Ergebnis reiflichen Nachdenkens, schwerer, innerer Kämpfe. Mein Gefühl sagt mir, daß ich auf dem rechten Wege bin. Jetzt, wo es sich um die Existenz unserer Familie handelt, ist mein Platz an Deiner Seite. Und es ist auch noch etwas anderes, das mitbestimmend —“

Er brach rasch ab. Wozu seinen mit Sorgen beladenen Vater auch noch mit seinen persönlichen Kümernissen und Kämpfen belästigen, die er für sich allein tragen und durchkämpfen mußte?

Nach der Unterredung mit seinem Vater suchte Paul Schöler Helene auf. Alles, was die Geschwister einander zu sagen hatten, drückte sich in dem stummen Händedruck aus und in der Umarmung, mit der der junge Mann seine Schwester begrüßte. Helene weinte an der Brust ihres Bruders. In ihren Tränen machte sich nicht nur die Aufregung über ihr eigenes Unglück Luft, es kam auch darin ihre Herzensangst um ihren Bruder zum Ausdruck.

Noch an demselben Tage schrieb Paul Schöler einen langen inhaltsschweren Brief an den Major von Voltenhagen. Er gab dem Vater seiner Verlobten unter Diskretion Kenntnis von der geschäftlichen Kalamität, in der sich die Firma seines Vaters befand, und teilte zugleich seine Absicht, seinen Anteil zu nehmen und in das Geschäft

seines Vaters einzutreten, mit. Wenn er natürlich auch selbst keinen Anlaß habe, in seinen Beziehungen zu Erna eine Veränderung eintreten zu lassen, so würde er es dennoch begeistert finden, wenn sein Berufswechsel auf seine Braut nicht ohne Eindruck bleibe. Als sie ihm seinerzeit ihr Jawort gegeben, habe sie es in der Annahme getan, einmal die Gattin eines Offiziers zu werden. Nun sei sie gewissermaßen in dieser selbstverständlichen Voraussetzung betrogen, und so halte er es für seine Ehrenpflicht, unter den veränderten äußeren Umständen, die ja für seine und Ernas ganze Zukunft von großer Bedeutung wären, seiner Braut ihr Wort zurückzugeben und sie von neuem vor die Entscheidung zu stellen, ob sie gewillt sei, die Bewerbung des Kaufmanns Paul Schöler anzunehmen. Was ihn betrafte, so könne er versichern, daß er gerecht genug denke, um ohne Groll ihren Entschluß hinzunehmen, wenn dieser auch zu seinen Ungunsten ausfallen sollte. Maßgebend für ihn sei die Rücksicht auf Ernas Glück.

Die Antwort des Majors traf umgehend ein. Herr von Voltenhagen versicherte den Briefschreiber zunächst seines aufrichtigen Mitgeföhls mit dem Schicksalsschlag, den seine Familie betroffen, und zugleich seiner gewissenhaftesten strengsten Diskretion. Was die Frage betrafte, um die es sich in erster Linie bei Pauls Mitteilung handelte, so wäre, wenn er allein seinen persönlichen Geföhlen hätte folgen können, seine Antwort gewesen, daß alles beim alten bleiben solle, denn seine Ansicht sei, daß eine Frau oder eine Braut die Pflicht habe, bei dem Mann ihrer Wahl treu auszuharren, gleichviel welches Geschick ihn ereile. Zu seinem Bedauern denke seine Tochter anders in dieser Hinsicht. Sie habe mit aller Entschiedenheit erklärt, daß sie sich als die Gattin eines Kaufmannes nicht glücklich fühlen könne, und daß sie deshalb nicht anstelle von seinem — Pauls — Anerbieten Gebrauch zu machen und ihr Jawort und den Verlobungsring zurückzunehmen. Er — der Major — füge dieser Willenserklärung seiner Tochter, die zu selbständig sei, um sich seinem Einfluß zu fügen, hinzu, daß durch die Änderung in ihren persönlichen Beziehungen seine Achtung und Sympathie für Paul nicht die geringste Einbuße erleide, sondern im Gegenteil, Pauls Entschluß, seinem Vater in dieser schweren Zeit treu und helfend zur Seite zu stehen, nötige ihm aufrichtige Hochachtung und Bewunderung ab, und er wünsche und hoffe, daß ihm die Zukunft den ge-

bührenden Lohn für dieses liebevolle, kindliche und ehrenhafte Verhalten nicht vorenthalte. Schließlich glaube er sich im Einverständnis mit Paul zu befinden, wenn er von einer öffentlichen Bekanntmachung der Aufhebung der Verlobung absehe, und es der Zeit überlasse, diese bei allen Verwandten und Bekannten in Vergessenheit zu bringen. Zulezten komme hierbei der Umstand, daß er — der Major — demnächst als Oberstleutnant zu einem andern Regiment versetzt werde.

Als Paul Schöler den Brief zu Ende gelesen hatte, kam eine merkwürdige Gemütsbewegung über ihn. Er preßte seine beiden Hände gegen die Brust und atmete aus tiefster, tiefster Seele auf. Zugleich brach ein Strahlen und Leuchten aus seinen Augen und verklärte sein ganzes Gesicht.

Und während er lebhaft, mit leichtbeschwingter Elastizität von seinem Stuhl aufsprang, drang es wie ein Erlösungs- und Jubelschrei aus der Tiefe seiner Brust heraus: „Gott sei Dank!“

Als er zu Hause von der Aufhebung seiner Verlobung Mitteilung machte, war seine Mutter von diesem neuesten Schicksalsschlag, der allen ihren stolzen Hoffnungen den letzten Rest gab, wie zerschmettert. Helene aber sah ihren Bruder in grenzenloser Bewunderung und Bewunderung an.

„Ja, geht's Dir denn gar nicht nahe, Paul?“ fragte sie erwartungsvoll.

Er schüttelte bestimmt mit dem Kopfe; in seinen Mienen verriet sich Verlegenheit und Beschämung, Freude und Genugtuung.

„Es war ja nur Eitelkeit und Großmännlichkeit“, erwiderte er, „die mich veranlaßten, mich um Erna zu bewerben. Geliebt habe ich sie nie — nie! Ich habe ja immer nur —“

Er brach über und über erglühend ab und kehrte sein Gesicht nach der andern Seite. Helene trat an ihren Bruder heran und umfaßte ihn liebevoll. Eine Ahnung, eine freudige Empfindung durchzuckte sie.

„Du liebst Gretchen noch immer?“ flüsterte sie ihm fragend ins Ohr.

Er antwortete nicht, aber die krampfhafteste Umarmung, in der er Helene an sich preßte, und sein stürmischer Kuß sprachen baredt.

(Schluß folgt.)

sthe Staatsüberschreitungen vorgekommen. Einen häßlichen Belag hat dabei der eine Fall, bei dem es sich um ein Geschenk an einen hohen russischen Beamten handelt, das aus Anlaß des russischen Zarenbesuches gegeben wurde. Es erwähe das, weil ich immer gefunden habe, daß solche Geschenke ausschließlich russische Beamte von uns erhalten. Die notwendigen Schlüsse daraus müssen Sie selbst ziehen. Bei der Heeresverwaltung kommen immer noch hohe Überschreitungen hinsichtlich der Reisekosten vor. Darin liegt eine Mißachtung der Beschlüsse des Reichstags, der wiederholt größere Sparmaßregeln in dieser Hinsicht gefordert hat. Eine andere Mehrausgabe ist zurückzuführen auf eine Lohnbewegung der Pastoren, die von der Verwaltung höhere Bezüge durchgesetzt haben. Wie rickständige Anschauungen in der Reichsfinanzverwaltung herrschen, geht daraus hervor, daß die Ausgaben für die den Pensionären gesetzlich zustehenden Bezüge unter dem Titel „Wohlfahrtszwecke“ erscheinen. Mit den Staatsüberschreitungen muß endlich ein Ende gemacht werden. (Beifall bei den Sozialdem.)

Erzberger (Z.): In fast allen Reichsressorts zeigt sich das Bestreben, sich mehr als früher streng an den Etat zu halten. Große Staatsüberschreitungen sind aber immer noch bei den Reisekosten zu verzeichnen, besonders im Heeresetat, und das Wertwürdigste ist die Art, wie man dort diese Überschreitungen begründet. Es heißt einfach: der Reichstag hat unsern Voranschlag nicht bewilligt, darum haben wir so und so viel mehr gebraucht. Das heißt auf gut deutsch: Was kümmern uns die Beschlüsse des Reichstages, wir geben doch aus, was wir gefordert haben. (Hört, hört!) Weiter ist eine große Überschreitung in den verschiedenen Ämtern bei den Hilfsarbeiterfonds zu verzeichnen.

Reichschahsekreter Wermuth: Die Staatsüberschreitungen, namentlich dort, wo die Budgetkommission Abschlüsse gemacht hat, kann ich vom Standpunkt der Finanzverwaltung natürlich nur bedauern. Bei den Reisekosten der Heeresverwaltung kommt aber in Betracht, daß sie zum großen Teil auf reglementarischen Vorschriften beruhen, die sich nicht ohne weiteres abändern lassen. Als die Abschlüsse in der Kommission erfolgten, wußte man noch nicht, welchen Inhalt die betreffenden Reisekostenvorschriften haben würden, und wir waren uns alle darüber klar, daß diese Abschlüsse etwas ins Ungewisse erfolgten. Herr Roske wünscht genaue Angaben der Gründe für jeden Fall, wo Minderausgaben erfolgt sind. Was wir im Etat bewilligt bekommen, betrachten wir als Ermächtigung zu den beschlossenen Ausgaben, aber nicht als Verpflichtung, nun auch wirklich so viel auszugeben. Es würde auch nicht sehr zur Sparsamkeit anregen, wenn wir die Ressorts immer fragen würden, weshalb sie so wenig ausgegeben hätten.

Die Rechnung geht an die Rechnungskommission. Es folgt die erste Beratung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für 1907.

Roske (S.D.): Die große Steigerung der Pensionsausgaben in Heer und Marine ist zunächst auf die vielen Zwangspensionierungen tauglicher Offiziere zurückzuführen, die im Interesse der „Aufrüstung“ des Offizierkorps erfolgt. Daneben werden die Ausgaben aber noch gesteigert durch die künstliche Hinauszögerung der Verabschiedung von Offizieren, die nur zu dem Zweck geschieht, damit der Verabschiedete eine höhere Pension bekommt. Aus dem württembergischen Heere sind mir mehrere Fälle bekannt, in denen die Verabschiedung solange hinausgezögert wurde, bis der betreffende Offizier in einen höheren Rang befördert ist, und sich dann sofort mit der höheren Pension verabschiedet läßt. Das ist eine unzulässige Verschwendung der Gelder der Steuerzahler. Ein Skandal ersten Ranges ist es, wenn hohe Offiziere oder Beamte aus dem Reichsdienst ausscheiden mit Pensionen von 10 000 Mk. und mehr, um dann in privatkapitalistische Betriebe einzutreten und dort Gehälter bis 40 000 Mk. zu beziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das muß um so mehr bestreuen, wenn man dagegen die von mir kürzlich beobachtete Tatsache hält, daß einem Kriegsveteranen, der mit vielen Orden ausgezeichnet ist, eine Veteranenbeihilfe von 120 Mk. verweigert worden ist, weil der Mann 613 Mk. Jahreseinnahme hat. (Hört, hört!) Hier wird dieser kleine Betrag verweigert, während man auf der anderen Seite Tausende an Pensionen für die Leute zahlt, die so arbeitsfähig sind, daß sie im privaten Dienst tiefe Gehälter beziehen können. In einem Falle suchte ein Stabesapotheker die Konzession für eine Apotheke nach. Er erhielt sie, wurde aber erst verabschiedet, als er die für den Bezug einer Pension notwendigen Dienstjahre erreicht hatte. Hier wurde dem Mann also Beihilfe geleistet zur Erzielung einer unangemessenen Pension. Der Reichstag muß dagegen Protest einlegen und darauf sehen, daß derartigen Mißbräuchen für die Zukunft gründlich ein Riegel vorgeschoben wird. (Beifall bei den Soz.)

Erzberger (Z.) wünscht, daß die Rechnungen in Zukunft spätestens in drei Jahren und nicht erst wie hier nach 5 Jahren vorgelegt werden und kritisiert gleichfalls die große Zunahme der Pensionen. Es kommen Fälle von Zuschreibung von Pensionen an Leute vor, die keinen Anspruch darauf hatten, die vollkommen geschildert sind. Der Reichstag muß auf das entschiedenste dagegen protestieren, daß die Regierung Mißbräuche leistet an der Ertheilung von Pensionen. (Bravo!) Zu solchen Pensionen sollte der Reichstag auch die nachträgliche Zustimmung nicht geben. (Zustimmung im Zentrum und links.)

Württembergischer Militärbevollmächtigter von Graevonig: Der betr. württembergische Oberleutnant ist zum Rittmeister vollkommen mit Recht im aktiven Dienst befördert worden und war von seinem Vorgesetzten als außerordentlich qualifiziert als Schwadronchef bezeichnet worden. Er hatte nur eine geringe Dienstbeschädigung, die für seine Vorgesetzten kein Grund sein konnte, ihn vorher zum Abschied zu zwingen, und er selbst hatte natürlich keinen Grund, den Abschied zu nehmen, bevor er Schwadronchef wurde. (Weiterkeit.) Die Übernahme auf den Aggregierten-Fonds war den Umständen nach berechtigt.

Preussischer Generalleutnant Baccmeister: Die Pensionierungen erfolgen nach gesetzlichen Bestimmungen. Offiziere werden nicht länger behalten, damit sie eine höhere Pension bekommen. (Wachen links.)

Erzberger (Z.): Sie wollen retten, was zu retten ist, aber Ihre Ausführungen machen auf uns keinen größeren Eindruck als auf den Rechnungshof. Dieser hätte sicher nicht die Fälle moniert, wenn nicht doch etwas mehr dahinter stecken würde. Ich möchte die Rechnungskommission ermahnen, die beiden Fälle recht eingehend zu prüfen.

Roske (S.D.): Ich habe von der preussischen Militärverwaltung nichts anderes erwartet als die Versicherung, daß es natürlich ausgeschlossen sei, daß zu unrecht Pensionen gewährt werden. Der Militärbevollmächtigte hat uns nichts Neues gesagt, aber bei denjenigen Herren, die die Dinge kennen, hat auch keine kategorische Versicherung nicht die Zweifel behoben. Es werden immer wieder Offiziere in höhere Stellen befördert, um dann überraschend schnell dienstunfähig zu werden. Es ist gerade unsere Pflicht, dieser Verwaltung gegenüber das äußerste Mißtrauen zu hegen. Die Rechnungskommission wird gut tun, wenn sie ganz unbefriedigt von dieser Versicherung sich hinter den Rechnungshof stellt und ihn das Rückgrat stärkt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Graf B o l a d o w s k y (v. l. Fr.): Ich halte es für vollkommen unzulässig, daß ein Mann, wenn er noch so dienlich ist, daß er in Privatbetrieben hervorragende Stellen einnehmen und schwierige Aufgaben lösen kann, eine Pension aus Reichsmitteln bekommt. (Lebh. Zus.) Es ist absolut notwendig, daß hier die Verhältnisse ganz durchsichtig sind und daß man der öffentlichen Meinung keinen Anlaß zu Mißtrauen gibt. Ein Komptabilitätsgesetz ist notwendig, indem für die Verwendung der Staatsmittel feste Grundsätze aufgestellt werden. Ich kann nur wünschen, daß die Regierung dem Hause ein solches Gesetz vorlegt und daß das Haus ihm zustimmt. (Beifall.)

Die Rechnung geht an die Rechnungskommission.

Generaldebatte zum Etat des Innern.

3. Tag.

Dr. Werner-Gieken (Ant.) tritt in längeren Ausführungen für die Aufrechterhaltung der bisherigen Schutzpolitik ein. Wenn die Sozialpolitik für die Arbeiter weitergeführt werden soll, so muß das Handwerk in die Lage versetzt werden, die ihm dadurch auferlegten Lasten zu tragen. Der große Befähigungsnachweis muß eingeführt, die Fabrikbetriebe müssen zu den Kosten der Lehrlingsausbildung herangezogen werden. Die kleinen Mühlen bedürfen des Schutzes gegen die brutale Macht des Großkapitals. Die Warenhäuser, die Großbanken bedeuten eine Gefahr für unser Wirtschaftsleben. (Wachen links.) Die Sozialdemokratie hat für den Mittelstand nichts Positives geleistet, aber sie gräbt ihm zielbewußt durch die Konsumvereine das Wasser ab. (Wachen bei den Soz.) Die solche Konsumvereine angehören, tragen als Diener des Staates dazu bei, den Staat zu untergraben. Der sozialdemokratische Revisionismus ist viel gefährlicher als der Radikalismus. (Weiterkeit.) Zur blühendsten Partei wird die Sozialdemokratie nie werden, wir müssen sie hinter uns lassen, oder wir gehen dabei zugrunde. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Er, Redner, sucht des weiteren durch Zitate aus sozialdemokratischen Schriften nachzuweisen, daß das Ziel der Sozialdemokratie die völlige Abschaffung jedes Privateigentums sei. Der Grundsatz der französischen Revolution war Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! (Wiesseitiges Hört, hört!) Wenn nach den Wünschen der Sozialdemokraten die indirekten Steuern durch eine scharfe Erbschaftsteuer ersetzt werden, was hat eine arme Frau von den Ersparnissen, wenn dann bei einem Todesfall der Steuerzins zehner kommt? (Wachen links.) Der Ausfall der Wahlen zeigt den verberberlichen Einfluß der jüdischen Presse. (Gelächter.) Sie haben ja in der Sozialdemokratie schon eine jüdische Fraktion. (Wachen links, Rufe: Arendt!) Auch der Hansabund steht unter jüdischer Führung. (Erneute Heiterkeit.) Wir brauchen Aufklärung! (Stürmische Zustimmung links und große Heiterkeit.) Notwendig ist auch gegenüber der unheimlichen Presse ein stärkerer Schutz der persönlichen Ehre. (Lebh. Zurufe: Bruhn! Bruhn! Wahrheit!)

Vizepräsident Dove ersucht die künftigen Redner, sich mehr an das Ressort des Reichsamts des Innern zu halten.

Als Abg. Bruhn (Ant.) das Wort nimmt, verläßt die Linke den Saal. Bruhn ruft den Sozialdemokraten zu: „Ihre Genossen mußten vor Gericht vor mir zu Kreuze kriechen, und Sie besitzen die Dreißigkeit, mich hier zu verdammen!“

Vizepräsident Dove rügt den Vorwurf „Dreißigkeit“.

Dr. Pieper (Z.) erörtert zunächst die vom Zentrum vorgelegten Resolutionen zur Privatbeamtenfrage. Das Wichtigste ist die Regelung der Konkurrenzklause, zu der sich auch die Handlungsgehilfen äußern müßten. Vor allem ihr Koalitionsrecht muß gesichert werden. Die Regierung sollte solche Mißbräuche wie auf der Guteshoffnungshütte nicht ruhig laufen lassen. Die Gutachten des Beirats für Arbeiterstatistik scheinen ruhig im Archiv zu ruhen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der Frage der Arbeitszeit in den Kontoren liegt z. B. ein solches Gutachten vor, ohne daß die Frage weiter kommt. — Die Vorbereitungen zum Reichstheatergesetz sollten möglichst beschleunigt werden. — Das Arbeitsamtergesetz haben wir wieder eingebracht in der Form, wie es seinerzeit aus der Kommission kam mit einer Konzession in bezug auf die Staatsarbeiter. — Wir hoffen, daß diesmal auch die Nationalliberalen dafür zu haben sein werden. — Weiter verlangen wir völlige Sicherung des Koalitionsrechts und Schaffung einer Zentralstelle für Tarifverträge. Ich schlage vor, daß sich außerhalb des Parlaments Arbeiterorganisationen, Sozialpolitiker und auch Arbeitgeber zusammenschließen und versuchen, eine Vereinbarung anzubahnen. Die Regierung selbst aber möge gerade diese Frage immer an die Spitze ihrer Aufgaben stellen. (Bravo.) Die Zentralstelle für Tarifverträge soll auch solche schweren Konflikte vermeiden, wie es jetzt die englische Regierung im Kohlenstreik getan hat. (Bravo! i. Z.)

Die Weiterberatung wird vertagt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Liebnecht (S.D.) stellt fest, daß in dem Vergleich, der unter seiner Ägide zwischen Bruhn und dem angeklagten Redakteur des Brandenburger Blattes Baron abgeschlossen worden ist, ausdrücklich festgelegt worden ist, daß die Parteien aus dem Vergleich wechselseitig keinerlei Folgerungen ziehen sollen; und daß weiter die Erklärung eines Bedauerns ausdrücklich abgelehnt worden ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Es könnte zweifelhaft sein, ob es sich lohnt, sich mit den Angriffen des Herrn Bruhn, dieses erlebigen Mannes (Präsident Kaempfer rügt diesen Ausdruck) überhaupt noch zu befassen. Nur weil Herr Bruhn die Sache als Strohalm benutzte, um sich aus dem Sumpfe herauszuheben, empfahl sich diese Feststellung.

Bruhn (Ant.) erklärt, daß er den Vergleich nur abgeschlossen hätte, weil sehr hart auf ihn eingewirkt worden sei. Und nun tritt Herr Liebnecht mit dieser Frechheit gegen mich auf. (Ordnungsruf.)

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Der Kampf gegen die Jugend in Köln. Seit etwa Jahresfrist bemüht sich der Kölner Polizeipräsident v. Wegmann mit besonderem Eifer, die Regierungsdirektiven zu befolgen, die eine energische Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugend verlangen. Es kann nun freilich nicht gesagt werden, daß der Kölner Polizeipräsident in diesem Kampfe besonders glücklich gewesen oder nennenswerte Erfolge erreicht hätte. Er löst eine nicht bestehende Jugendorganisation auf und legt sich damit dem Gelächter des Reichstages aus und später erklärt er einen Turnverein für politisch, nur weil er in einem Lokal verkehrt, das wesentlich von Sozialdemokraten besucht wird. Da ist es kein Wunder, daß er sich eine scharfe Kritik gefallen lassen muß. Unser Kölner Parteiorgan hat ihn den auch gerade wegen seiner Maßnahmen gegen den Turnverein scharf angegriffen, worauf der Polizeipräsident Klage wegen Beleidigung anstregte. Der Staatsanwalt beantragte in der am Mittwoch stattgehabten Verhandlung zwei Monate Gefängnis gegen den

verantwortlichen Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Genossen Sollmann, obwohl der Angeklagte noch völlig unbefristet ist. Das Gericht erkannte an, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite stehe. Der Artikel lasse aber erkennen, daß Sollmann die Absicht gehabt habe, den Polizeipräsidenten lächerlich zu machen; deshalb wurde eine Strafe von 500 Mk. über ihn verhängt.

Bissolati aus der Partei ausgetreten. In einer Fraktionsung erklärte Bissolati seinen Austritt aus der Parteifraktion, um ein Element der Uneinigkeit zu beseitigen. Darauf beschloßen die Abgeordneten die Gründung einer einzigen Parteifraktion auf der Grundlage der Parteibisziplin.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Verhandlungen im Schneidergewerbe. Der Unternehmerverband hat an den Zentralvorstand des Schneiderverbandes folgendes Schreiben gerichtet: „Nach § 12 des Generalvertrags darf keine der vertragsschließenden Organisationsstreiks oder Aussperrungen verfügen, ohne vorher einen Schlichtungsversuch beantragt und vorgenommen zu haben. Obwohl wir nun den in Frankfurt a. M. vom 22. bis 26. d. M. abgehaltenen Schlichtungsversuch als die Erfüllung der vorerwähnten Vertragspflicht betrachten und es damit als selbstverständlich halten, daß beide Parteien jetzt freie Hand haben, fragen wir trotzdem bei Ihnen an, ob Sie von uns noch die Beantragung eines Schlichtungsversuches erwarten, um die Generalaussperrung durchzuführen zu können. Sollten Sie entgegen unserer Auffassung der Meinung sein, daß wir verpflichtet sind, uns dieser Formalität nochmals zu unterziehen, so stellen wir hiermit den Antrag, am Donnerstag, den 7. März in Halle a. S. den Schlichtungsversuch vorzunehmen. Von der Hinzuziehung von Ortsvertretern würden wir absehen. Mit Rücksicht auf das Ergebnis des soeben beendigten Schlichtungsversuches glauben wir annehmen zu dürfen, daß auch Sie die Vertragspflicht bereits für beide Teile als erfüllt betrachten und sehen ihrer gest. postwendenden Nachricht entgegen.“ — Der Zentralvorstand des Schneiderverbandes hat daraufhin an den Unternehmerverband folgendes Antwortschreiben erlassen: „Unsere Auffassung über die Auslegung des § 12 des Generalvertrages deckt sich vollkommen mit der in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebrachten, daß nach dem in Frankfurt a. M. abgehaltenen und gescheiterten Schlichtungsversuch beide Parteien freie Hand haben. Wenn dieser uns von Ihnen erneut angebotene Schlichtungsversuch also nur eine Formalität sein soll, wäre derselbe überflüssig. Dagegen erklären wir uns aber zu einem weiteren Schlichtungsversuch bereit, der zu dem Zweck unternommen wird, vor der Verfügung der allgemeinen Aussperrung zu versuchen, die noch vorhandenen Differenzen auszugleichen. Mit dem Ort und dem Tage der Zusammenkunft erklären wir uns ebenfalls einverstanden.“ — Aus Magdeburg wird uns soeben berichtet, daß dort 180 Schneidergesellen in den Streik getreten sind.

Zur Bergarbeiterbewegung. Der Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes (Sitz Bochum) erklärt am 1. März an die Bergarbeiter folgenden Ausruf: „Achtung, Bergarbeiter! Über 800 000 Bergarbeiter streiken in England. Mit einer bewundernswürdigen Einmütigkeit sind sie für die Eringung eines auskömmlichen Minimallohnes in den Ausstand getreten. Dank ihrer Einmütigkeit und ihrer mächtigen Organisationen werden unsere englischen Kameraden auch Erfolge erzielen. Kameraden! Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keinen Sympathiestreik. Der englische Bergarbeiterverband ist so gut gerüstet, daß er allein mit Hilfe der anderen englischen Gewerkschaften das gesteckte Ziel erreichen wird. Nochmals sei ausdrücklich gegenüber anders lautenden Ausstreuungen gesagt: Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keine Hilfe durch einen Sympathiestreik. Dagegen erwarten sie von den Bergarbeitern Deutschlands, daß sie wenigstens während der Dauer des englischen Generalstreiks keine Arbeit verrichten. 1905 haben die englischen Bergleute die deutschen Bergleute mit Geld und mit Einschränkung der Arbeitszeit unterstützt. Kameraden, nun beweist eure schließliche bergmännische Gesinnung! Verfehrt keine Überschritte, damit den englischen Bergleuten der Lohnkampf nicht besonders erschwert wird. Ist Solidarität! In den am Sonntag im Ruhrgebiet stattfindenden zahlreichen Versammlungen werden die Referenten das Nötige über den augenblicklichen Stand unserer Lohnbewegung sagen. Was weiter geschehen soll, darüber wird, sobald die Antworten der Zeichenbesitzer eingegangen sind, oder wenn der für die Beantwortung festgesetzte Termin verstrichen ist, entschieden werden. Der Beschluß wird allen Bergarbeitern sofort bekannt gegeben werden.“ — Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter ist nach wie vor emsig bemüht, im Interesse der Arbeiterseinde und der Scharfmacher die deutsche Bewegung als eine Sympathiebewegung für die Engländer darzustellen. Der Vorstand des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter erklärt am 1. März eine Erklärung, in der er die Mitglieder warnt, angesichts des in Großbritannien ausgebrochenen Generalstreiks der Bergarbeiter sich in eine Ausstandsbewegung hineinziehen zu lassen.

Eine antliche Anerkennung gewerkschaftlicher Disziplin. Es passiert nicht alle Tage, daß eine städtische Behörde bei einer Aussperrung die sonst übliche Drohnote, daß die Aussperrten oder Ausständigen sich des § 153 der Gewerbeordnung erinnern mögen, noch mit einer anerkennenden und lobenden Bemerkung über die erzieherische Tätigkeit der freien Gewerkschaft schließt. In Selb in Oberfranken, wo, wie in vielen anderen Orten Oberfrankens die Porzellanarbeiter ausgesperrt sind, hat der Stadtmagistrat in einer Bekanntmachung folgende Anerkennung der durch die Arbeiter schon wiederholt gezeigten Disziplin ausgesprochen: „Zu der organisierten Arbeitererschaft wird vertraut, daß sie die schon öfter gezeigte gute Disziplin auch während der jetzigen Bewegung bewahren, daß sie die Mahnung ihrer Führer, stets ruhig zu bleiben und sich vor Übergriffen und Ausschreitungen zu hüten, getreulich befolgen und dadurch sich selbst vor Unannehmlichkeiten und eventuell empfindlichen Strafen bewahren wird. . . . Denn es könnte leicht sein, daß sich aus dem unüberlegten Vorgehen einzelner Köpfe größere Ausschreitungen, z. B. Aufruhr, Aufruhr, Landfriedensbruch usw. entwickeln, die nur wieder zu schärferen Sicherheitsmaßnahmen sowie zu schweren und umfangreichen Bestrafungen (auch widerwillig Beteiligten) führen würden, für die Arbeiterbewegung aber von keinerlei Vorteil wären.“ — Diese Art, zu den Aussperrten zu reden, steht wohlwollend von den Scharfmachertraden gewisser anderer Polizeiverwaltungen ab, deren Hauptforschende darin besteht, sofort bei Ausbruch einer Lohnbewegung oder einer Aussperrung in der rigorossten Weise gegen die Ausständigen vorzugehen. Schade wäre es nicht, wenn sich auch andere Polizeiverwaltungen diese Maxime zu eigen machen würden. Der Öffentlichkeit wäre damit viel mehr gebient, als durch die bisher beliebte blindwütige Draufgängerei.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung ging uns Freitag abend folgendes Telegramm aus London zu: Der Streik der Bergarbeiter ist jetzt allgemein. Alles ist ruhig abgelaufen. Die Bergarbeiterkonferenz beauftragte heute morgen den Vorstand, die angefangenen Verhandlungen, wenn rätlich, fortzusetzen. Der Vorstand wurde auch ermächtigt, die Konferenz, wenn notwendig, wieder einzuberufen. Eine Aufforderung Asquiths, die Bergarbeiter möchten über die Höhe des geforderten Minimallohnes verhandeln, hat keinen Erfolg gehabt. Die Wolff meldet, sind die Verhandlungen mit der Regierung auf nächste Woche vertagt worden. — Die Bergarbeiterkonferenz empfing heute vom französischen Bergarbeiterverband ein Telegramm, in dem mitgeteilt wird, daß die französischen Bergarbeiter in einigen Tagen ebenfalls in den Streik treten würden.

Soziales.

Mit der Organisation der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung sind der Leiter der sozialpolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern, Ministerialdirektor Caspar und der Referent für das Arbeitslosenversicherungsgesetz Geheimrat Oberregierungsrat Beckmann beauftragt.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine kommunale Betrugssaffäre. Vor der Strafkammer in Ebersfeld hatten sich am Montag und Dienstag mehrere Straßenmeister und Fuhrunternehmer zu verantworten, die beschuldigt wurden, die Stadt Warmen um viele tausend Mark betrogen beziehungsweise sich der Beihilfe zu diesen Betrügereien schuldig gemacht zu haben. Angeklagt waren die Straßenmeister Friedrich Luther, Franz Frösche, Oskar Ruckels und Karl Gries, sowie die Fuhrunternehmer August Hackenberg, Heinrich Eggenwirth, Karl Viktor senior und dessen Sohn Karl Viktor junior und der Fischer Johann Reissenich. Luther, Frösche, Ruckels, Gries, Eggenwirth, Reissenich, Viktor senior und junior sind beschuldigt, die Stadt Warmen durch fortgesetzte Handlungen betrogen zu haben, ferner soll Hackenberg dem Luther und Frösche, der des Betruges angeklagt, Eggenwirth dem Frösche zum Betrüge Hilfe geleistet haben. Die Straßenmeister hatten, jeder in den ihm zugewiesenen Stadtbezirken, unter Oberleitung eines Ingenieurs, die angeordneten Straßenarbeiten ausführen zu lassen. Die An- und Abfuhr von Pflastersteinen, Kleinschlag, Kies und Schutt usw. hatte die Bauverwaltung schon seit vielen Jahren den angeklagten Fuhrunternehmern übertragen. Vereinbart waren pro Wagen, Pferd und Fuhrmann 9 Mk. pro Tag. Die Straßenmeister benachrichtigten die Fuhrunternehmer jeden Abend, wieviel Fuhrwerke sie am folgenden Tage zu stellen und auch wieviel Sprengwagen sie zu fahren hatten. Im Durchschnitt waren es zwei, auch drei Fuhrwerke, die jeder Straßenmeister täglich nötig hatte. Die Zahl der täglich geleisteten Fuhrwerke mußten die Straßenmeister in ein Lohnbuch eintragen und danach alle zwei Wochen Lohnlisten anfertigen und einreichen. Diese Lohnlisten hatte der leitende Ingenieur mit den Lohnbüchern zu vergleichen und sie dann, eventuell nach Richtigstellung, dem Bauinspektor zur nochmaligen Nachprüfung und Bescheinigung der Richtigkeit einzureichen. Nachdem sie dann noch durch die Hände des Kalkulators und des zuständigen Beigeordneten gegangen waren, erhielt sie schließlich die Stadtkasse zur Auszahlung der berechneten Löhne. Die Straßenmeister haben nun die Stadt Warmen in der Weise betrogen, daß sie den Fuhrunternehmern höhere Beträge anschnitten, als sie zu fordern hatten und sich nach der Auszahlung der Löhne von ihnen den ihnen zuviel angeforderten und ausgezahlten Betrag zurückgeben ließen. Einzelne der angeklagten Fuhrunternehmer haben sich aber nicht nur der Beihilfe zum Betrüge schuldig gemacht, indem sie das Mehranschnitten duldeten und die zu viel von der Stadtkasse erhaltenen Beträge den Straßenmeistern gaben, sie haben sich auch des Betruges selber in der Weise schuldig gemacht, daß sie die Hälfte der ihnen zu viel angeschnittenen und ihnen von der Stadtkasse ausbezahlten Beträge für sich behielten. Letzteres betrifft besonders die beiden Viktors. Die übrigen Fuhrunternehmer haben Beihilfe zum Betrüge geleistet. Die Verhandlung, die mehrere Tage in Anspruch nahm und in der eine ganze Reihe von Beweisen für die frivole Art der Betrügereien und Durchschereien erbracht wurden, endete am Dienstag abend mit

einer Verurteilung sämtlicher Angeklagten. Luther wurde zu 2 Jahren und 8 Monaten Gefängnis, Frösche zu 16 Monaten, Ruckels zu 9 Monaten, Gries zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Hackenberg, Eggenwirth und Reissenich wurde wegen Beihilfe zum Betrüge auf je 50 Mark Geldstrafe, sodann gegen Viktor senior auf 5 Monate, gegen Viktor junior auf 2 Monate Gefängnis erkannt. Bei der Strafzumessung wurde, Luther betreffend, hervorgehoben, daß er trotz eindringlicher Ermahnungen der Wahrheit nicht die Ehre gegeben hat.

Verzweiflungstat einer Mutter. Unter der furchtbaren Anklage des Kindesmordes hatte sich das Dienstmädchen Martha W. aus Kawahutta vor dem Schwurgericht in Stolp zu verantworten. Es war die alte Geschichte vom verführten, verlassenen und verzweifelnden Mädchen. Die 28 Jahre alte Angeklagte verkehrte in dem Dorfe Schwefkow, wo sie sich in Stellung befand, mit dem dortigen Privatförster Reinke. Als der Verkehr nicht ohne Folgen blieb und sie die Stellung verlor, auch die Eltern von ihr nichts mehr wissen wollten und endlich auch ihr Liebhaber sich von ihr fortwandte, ergriff sie die Verzweiflung. Sie erwürgte ihr neugeborenes Kind und warf es in den Lebachstrom, wo es später aufgefunden wurde. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde sie zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der gewissenlose Verführer geht straffrei aus.

Kann man glauben. Wer kennt nicht die hohen fahlen Berge, die den Kohlenrevieren ihr charakteristisches Gepräge verleihen. Hier werden die in der Kohlenwäsche ausgelesenen und ausgewaschenen Steine sowie alle Unrat, den die Bechen zutage fördern, abgelagert. Zwischen diesen Steinen finden sich hin und wieder kleine Kohlenstücke. Für die Bechenverwaltungen sind sie absolut wertlos, sie können im Gegenteil viel Schaden anrichten, da sie die Selbstzündung der Bergehalde ungeniebig stark beeinflussen. Nun hat sich seit altersher bei der Bergbevölkerung ein gewisses Gewohnheitsrecht herausgebildet, nach dem die ärmere Bevölkerung, die im Winter keine Kohlen zur Feuerung hat, diese Kohlenstücken ausklauben und auflesen — eine recht mühevoll Arbeit, die in der Regel von Kindern verrichtet wird. Es gibt nun manche Bechenverwaltungen, die schon ein Auge zublücken. Andere sehen darin eine Konkurrenzschädigung und verfolgen derartige Übertretungen mit aller Strenge. So auch die Beche Prosper. Auf der Steinhalde dieser Beche hatten die Schulmädchen Maria und Franziska Kizmanek aus Bortrop Kohlen gelesen. Sie waren dabei so fleißig gewesen, daß die Eltern sogar noch für 8 Mk. Kohlen verkauft hatten. Die Bechenverwaltung erstattete Anzeige. Die Strafkammer in Eilen verurteilte die beiden Mädchen zu je 6 Wochen Gefängnis. Die Mutter erhielt wegen Hehlerei 6 Monate Gefängnis, der Vater 1 Jahr Zuchthaus. In der letzten Reichstagsession hatte die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der derartige, dem gesunden Rechtsgefühl ins Gesicht schlagende Urteile unmöglich gemacht hätte. Die sozialdemokratische Fraktion hat den Entwurf, unter Fortlassung der ihm beigefügt gewesenen reaktionären Vorschriften als Initiativantrag jetzt eingebracht. Dringend erforderlich wäre seine baldige Verabschiedung.

Aus Nah und Fern.

Schleifisches Schulschicksal. Für die unsagbar traurigen Schulverhältnisse in den ländlichen Gefilden Preußens ist eine Mitteilung charakteristisch, die unser Versteher Parteiblatt über die Schule in Hohenfriedberg (Reg.-Bez. Liegnitz) macht. Diese Schule ist in einem so erbärmlichen Zustand, daß selbst der Regierungspräsident von Liegnitz sie als die schlechteste im ganzen Regierungsbezirk bezeichnete und den zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten aufgab, den Neubau der Schule unverzüglich in die Wege zu leiten. Trotzdem verweigerten die Baupflichtigen, nämlich der evangelische Schulverband, das evangelische Kirchspiel und die evangelische Kirchengemeinde in Hohenfriedberg, die Kosten für den Schulhausneubau aufzubringen. Die einen erkennen keine Verpflichtung an, die andern haben kein Geld und der Gesamtschulverband bestreitet sogar die Notwendigkeit des Neubaus! Die Schule muß aber doch in einem sehr erbärmlichen Zustand sein; denn der Bezirksausschuß wies die Klage der Beteiligten auf Aufhebung der Verfügung des Regierungspräsidenten ab, weil außer technischen auch gesundheitliche Gründe den Neubau der Schule durchaus rechtfertigen.

Wahnsinnstat einer Mutter. Als der Bergmann Staudt in Eickel bei Effen gestern mittag von der

Echtheit nach Hause kam, fand er seine Ghefrau am Bett pflöcken erhängt vor. Seine beiden ältesten Kinder lagen erwürgt im Bette. Das fünf Jahre alte Mädchen saß spielend im Bette zwischen seinen toten Geschwistern. Es handelt sich um die Wahnsinnstat einer seit Jahren nervenleidenden Frau.

Der „Revolutionär“. Die Frau eines neugewählten Gemeinderatsmitgliedes Welmerstich (Luxemburg) erhielt von dem Kaplan Galles in Remich einen Schreibbrief mit folgendem erschütternden Inhalt: „Wie habe ich mich gefreut, als ich im „Luxemburger Wort“ las, Ihr Mann ist in den Gemeinderat gewählt worden. Ich sagte mir, da haben wir doch einen guten katholischen Mann. Wie blüete mir das Herz aber, als ich bereits im ersten Sitzungsbericht las, daß Ihr Mann mit den Revolutionären und Kulturkämpfern gemeinsame Sache macht. Ich will Sie nämlich darauf aufmerksam machen, daß Ihr Mann über all seine Taten im Gemeinderat beim jüngsten Bericht muß Rechenschaft ablegen.“ — Und was hatte der einst so „gut katholische“ Mann im Gemeinderat Furchtbares angeflüstert? Wernimm Leser, und schaudere: er hatte gegen eine Gehaltszulage von 500 Fres. für den Ortsgeistlichen gestimmt! Das kann ja einen schönen Sensationsprozeß beim jüngsten Bericht abgeben!

Der Herr Polizeidirektor auf dem hal paré. Ein niedlicher Reifall ist den braven Stadtvätern der Schwabensiedlung Stuttgart passiert. Zur Rettung der bedrohten Sittlichkeit der frommen Stadt haben sie sich den Herrn Polizeidirektor Dr. Wittinger von München als Stuttgarter Polizeidirektor verschrieben. Herr Dr. Wittinger hatte in München als Sittlichkeitskommissar dafür zu sorgen, daß die feuchte Moral der Münchener durch unzüchtige Damen und Komödianten keinen Schaden erleide, daß die Tänzerinnen bei ihrem öffentlichen Auftreten der hohen Polizeimoral entsprechend gekleidet sind usw. Die fruchtbare Tätigkeit des Herrn Dr. Wittinger auf diesem bornenvollen Gebiet hat in Stuttgart vielerlei Klagen hervorgerufen. So wurde er als Nachfolger des Polizeirats Wurster nach Stuttgart berufen. Vor einigen Tagen mußte nun der neue Herr Polizeidirektor in einem Münchener Prozeß als Zeuge auftreten. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, ob er seinerzeit, als er noch als Hüter der Münchener Sittlichkeit fungierte, auf einem hal paré einem sechzehnjährigen Mädchen unter die Röcke gegriffen und es in die Waden gekneipt und ob das Mädchen solche „Liebeswürdigkeiten“ energisch abgewehrt habe, antwortete Herr Wittinger, das könne schon sein; auf einem hal paré passiere halt allerlei, da nehme man das nicht so genau. Der Gerichtsvorsitzende, anscheinend ein etwas altmodischer Herr, meinte allerdings, darüber könne man auch anderer Meinung sein. — Nun ist ja richtig, daß es auf einem derartigen Ball nicht gerade wie in einem Momentlocher zugeht. Der gentile Zeichner des „Simplicissimus“ Reznicek hat ja der Nachwelt allerlei höchst nette Bildchen von diesen Amüsaments der Lebemannchen und Lebweibchen hinterlassen, Zeichnungen, deren pikante Grazie die Sittlichkeitsretter so entsetzt, daß sie sich gar nicht genug darüber entrücken können und darum die Zeichnungen immer wieder anschauen müssen. Daß aber der oberste Hüter der öffentlich u Moral und Sittlichkeit solche hal paré-Moral als etwas ganz Natürliches bezeichnet und zuweilen selber danach lebt, daß will den biederen Stuttgartern gar nicht einleuchten und des betrübten Kopfschüttelns ist nun kein Ende. Denn Stuttgart ist eine arg stirkliche Stadt. Die moralisierende Hochschätzung, deren sich der „Neue Herr“ bisher zu erfreuen hatte, hat also einen bösen Knacks bekommen, und was noch werden soll, wissen die Götter.

Kleine Nachrichten. Der 23jährige Pfissemonteur Richard Wenzelberg geriet in den Berliner Elektrizitätswerken in Oberhönoweide, obwohl er mußte, daß die hochgepannten Leitungen nicht ausgeschaltet waren, einer der Leitungen, die eine Spannung von 10 000 Volt aufwiesen, zu nahe. Durch diese Berührung wurde Wenzelberg sofort getötet. — Nach anhaltendem starken Regen der letzten Tage lösten sich bei Sobornheim a. d. Nahe große Felsblöcke los und drohen auf das Kirchhaus Jungborn zu stürzen. — Im Bororte Selbecke bei Hagen i. W. fanden Spaziergänger in einer Tannenheckung den Arbeiter Giche und dessen Braut, die Haushälterin Volkborn, mit Schußwunden im Kopfe auf. Das Mädchen war bereits tot. Giche war tödlich verletzt. Es liegt Mord und Selbstmord vor. — Die am Montag durch niederbrechendes Gestein auf der Beche Engelsburg vererschütteten beiden Bergleute wurden einem Telegramm aus Bochum zufolge als Leichen geborgen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Frieda Hildebrandt
Heinrich Schöning
Verlobte.
Lübeck, im März 1912.
Heute morgen 9 Uhr entschlief nach schwerem Leiden unser lieber Sohn **Ernst** im fast vollendeten 14. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Eltern, Bruder, Schwester und allen, die ihm nahe standen.
Franz Ricker und Frau.
Lübeck, den 1. März 1912.
Klappenstraße 17 a.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 4. März, nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Trauerfeier 4 1/4 Uhr.
Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit danken herzlich
Hermann Staass und Frau,
Emma, geb. Schmidt.
Lübeck, den 27. Februar 1912.
Für die bewiesene Teilnahme beim Hinscheiden unserer Tochter **Luise** lagen allen Freunden u. Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Wilhelm Döcher und Frau,
geb. Meyer.
Wir gratulieren unserer Mutter, Sittenstraße 17, alle 8, zu ihrem morgigen Geburtstag.
Ein möbl. Zimmer zu vermieten Altendornstraße 50, II. Hütertör.
Zum 1. April keine Wohnung zu vermieten Engelsgrube 48/10.

Möbliertes Zimmer zu vermieten Lüntzenhagen 8, II.
Umständehalber zum 1. April eine Drei-Zimmer-Wohnung event. mit Stallung und Lagerraum Schützenstraße 24 a, p.
Zu vermieten eine fl. Wohnung (Zimmer und Küche) an eine alleinlebende Frau. Preis Mk. 100.— Untertraue 7.
Zum 1. April zu vermieten eine fl. Wohnbude an einzelne Person. Näheres An der Mauer 114.
Damen-Modellanzug billig zu vermieten Dankwartsgrube 22, p.
Agent gesucht
zum Verk. von Bouill.-Würfel an Kol.-Höhr. J. Sonnenberg & Co., Malnz.
1 Klempner-Lehrling
gesucht. Stoll, Klempnermeister, Baulstraße 20.
Papierkorb und Wäschepuff
zu kaufen gesucht. Off. u. P 100 an die Exp. d. Bl.
Zu verkaufen das Haus Morier Straße 21 mit zwei Drei-Stüben-Wohnungen, Boden, Keller, Stall und Gartenland. Zu erfr. daselbst.
Kleiner vierrädiger Handwagen, Tragkraft 2 Zentner, billig zu verkaufen Waisenhofstraße 25, I, rechts.
Plüschgarnitur, Spiegel, Vertiko, Bettstellen, Wäschisch, Kleiderschr., Stühle, Papagei mit Bauer Johannstraße 70, I.

Gesucht eine Witwe oder älteres Mädchen als Haushälterin bei vier Kindern. Angebote unter E S an die Exped. d. Bl.
Zu verkaufen ein gebrauchtes Sofa und verschiedene and. Gegenstände Brocksstraße 23, I.
Gutes Bettzeug, Anzüge, Kinderzeug, Leinwand, Fußzeug billig Schildstraße 5.
Billig zu verkaufen Schränkchen, Tisch, Freischwinger, Musikautomat (6-Pfg.-Ginwurf), silb. Perrenuhr Krähmstraße 7, p. I.
Guterh. Sitz- und Liegewagen (Beddigröh) auf Gummi u. Nickel zu verkaufen Matblumenstraße 16, II.
Phonograph-Walzen sowie Kanarien-Weibchen billig Warendorferstraße 68, pt.
Ein eleg. schwarz. seidenes Kleid, hochmodern, Preis 20 Mk. und ein Panamahut für Konfirmanden zu verkaufen. Waisenhofstraße 6.
Eine Trittleiter und Tapeten
mit Borden billig zu verkaufen. Werderstraße 17—19, II.
Guterhaltener Kinderwagen
für 12 Mk. zu verkaufen. Gartenstraße 30.
Ein bl. Kinderwagen auf Gummi und 1 Paar Kinderstiefel, passend für Konfirmandin, billig zu verkaufen. Rosenstraße 5, I. I.
Guterh. dunkelbl. Kinderwagen
mit Nickelg. und Gummireif. billig zu verkaufen. Ludwigstr. 28.

Fahrrad, Torpedofreilauf, neu, **Richtschraub** ohne Aufsatz billig. **Rauch**, Brocksstr. 45, I.
Zu verkaufen ein Kinderwagen und ein Sportwagen, beide mit Gummi. Fuchtingstraße 8.
Itüriger Kleiderschrank, zerlegb., **Kommode**, 2 Nachtschränke mit Marmorplatte, billig zu verkaufen. Hundestraße 7, part.
Eine guterhaltene Sportkarre
für 250 Mk. zu verkaufen. Vogelaustraße 8a, II.
Ein starker Kinderwagen
passend zum Handeln, billig zu verkaufen. Schützenstraße 62a.
Guterh. Sitz- u. Liegewagen
mit Gummireifen zu verkaufen. Friedenstraße 58, II.
Grüner Sitz- und Liegewagen
mit Gummireifen billig zu verkaufen. Großer Krelau 9, II.
Eine guterhalt. Sportkarre mit Gummireif, u. Schutzblech und ein größerer Schlafesfel zu verkaufen. Augustenstraße 6, part.
Spanienhähne
Tag- u. Nachtgänger, und Weibchen zu verkaufen. Schützenstr. 49a, II.
Zwei Zugänger zu verkaufen.
Johannes Rahn, Woidling.
4 Zugänger zu verkaufen.
Arminstraße 81.

Verzilliger Sonntagsdienst
am 3. März von 1 Uhr an.
Dr. med. Falk, Marktstraße 3a.
Dr. med. Lorenz, Beidergrube 64, I.
Dr. med. Grönwaldt, Schwart. Allee 4
Unter alte emaillierte Töpfe werden neue emaillierte Böden gegh. Mengstraße 19.
Natur-Myrtenfränze, mit Schleier garniert, Gold- und Silberfränze in großer Auswahl.
W. Simm, Balauerhof 16.
Gute Magnum bonum-Schlartoffeln 10 Pfd. 55 Pfg., gute Speisartoffeln 10 Pfd. 50 Pfg., 100 Pfd. bedeutend billiger. Frische Trinkeier, Stück 9 Pfg. empfiehlt
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.
Bei eintreffendem Waggon: Gute Magnum bonum-Schlartoffeln liefern frei Haus billigst. Proben werden verabschickt. Bestellungen nehme entgegen.
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.
Kaninchenzüchtern
empfehle meine 10 Deckramler. Deckgebühr 50 Pfg. bis 1 Mk. je nach Rasse. Marktstr. 29a.
Würde auch einige gute Deck. vert. Ansicht frei zu jeder Tageszeit.

Große Ferkel
z. vert. H. Schumann
W.straße.
Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Hüb. Volksboten.

Blau und schwarze
Konfirmanden-Anzüge
12.- 15.- 18.- bis 30.- M.
in großer Auswahl.
Ernst Diederichs
Brocksstr. 25. Gete Warendorpfstr.

Prachtvolle Salongarnitur Mk. 166,
Salonschrank 78, Tisch 18, eleg.
Büchergarnitur 85, Vertikal reich ge-
schliffen 55, gr. Truemeubel 35, reich
geschliffene Vortragsst. mit Herren-
stuhl 150, Schlafzimmer ff. u. Küche,
Divan, Stühle, Verschiebendes.
Besichtigung Wahnstr. 83, p. r.

Willi Westfeling
Uhrmacher
und Juwelier,
Holstenstraße 32.

Gebrüder Barg
— 5 Kohlmarkt 5 —
empfehlen
Bettfedern und Daunnen
in nur tadelloser Ware.
Groß Lager in fertig genähten
Bett-Inletts
sobald das Füllen von Betten
stets gleich erfolgen kann.
Ferner sämtliche
Aussteuer-Artikel
in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken od. 4% in bar.

Täglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Alle Sorten
Brennmaterialien
empfehlen zu billigsten Preisen
frei Haus
Hans Lübecke
Wickedestr. 33/5. Teleph. 2378.
Bei Lieferung ab meinem Lager
trifft eine Ermäßigung
sämtlicher Preise ein.

Spezialitäten
d. Firma Ludw. Wiegels, Fischergrube 57
Bungescher Speiseessig,
**Kons. Honigessig, la. Flom-
heringe, la. Anchovis,**
la. weinsaure Salzgurken,
la. Magdeburger Sauerkohl
la. Rollmops.

Verb. d. Dachdecker.
Versammlung
am Sonntag, 3. März
vormittags 11 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52
Tages-Ordnung:
Wahl eines Delegierten
zum Verbandstag.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Harmonie
Eutin.

Am Dienstag, d. 5. März:
General-Versammlung.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gekühlte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder
Tageszeit.
d. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr,
65 Pfg.

Sozialdemokratischer Verein
Trenns-Vorwerk.
Mitglieder-Versammlung
am Montag, 4. März
b. Gen. H. Schulz, Trenns.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Gemeindefache.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

**Arbeiter-
Turn-
Verein**
Lübeck.

Einladung zum
BALL
verbunden mit
turnerischen Aufführungen
am Sonntag, 10. März
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg.
Einzeln Dame 20 Pfg.,
wofür Garderobe.
Das Komitee.

Große
Unterhaltungsmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
Chr. Wien.
Kalte und warme Küche zu jeder
Tageszeit.

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
Zahlstelle Lübeck.
Sonntag, d. 10. März:
Humoristischer Abend
mit Ball
im Lokale „Wakenitz-Bellevue“.
Anfang 6 Uhr. Das Komitee.

Hansa-Halle
Morgen Sonntag, 3. März:
Gr. Tanzkränzchen
J. Rieck.
NB. Am 10. März:
**2. öffentl. Masken-
und Geindefest.**

Friedr. Franz Halle
Jeden Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr.
Endstation Krankenhaus.
Mittwoch, den 6. März 1912:
3. Familien-Ball.

Zur alten Post, Moisling.
Sonntag, den 3. März findet ein
großes Familienkränzchen
statt, wozu freundlichst einladet
Carl Hoyer.

Wakenitz-Bellevue
Am Donnerstag, 7. März:
Familienball,
wozu freundlichst einladet
H. Furböter.

Adlershorst.
Jeden
Sonntag:
Tanzkränzchen
Konzerthaus Friedrichshof
Jeden
Sonntag:
Tanzkränzchen.

Bungescher Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Meinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Neu erschienen ist
Kürschners
Deutscher Reichstag von 1912
mit Biographien und Porträts aller 397 Abgeordneten.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46
und deren Kolporteurs.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen
und Wäschearbeiter Deutschlands.**
Filiale Lübeck.
Einladung zum Kappenfest
am Sonntag, dem 3. März 1912,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

In den Zwischenpausen:
Aufführungen und humoristische Vorträge.
Anfang 6 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.
NB. Ohne Kappe ist der Zutritt nicht gestattet.

Arbeiter-Gesang-Verein St. Jürgen.
Einladung zum Ball
verbunden mit Kappenfest und Gesang-Vorträgen
am Sonntag, dem 3. März 1912
im Lokale „Weißer Engel“, Ratzeburger Allee.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

St.-Gertrud-Liedertafel.
Großes Kappenfest
verbunden mit Ball und Gesangsvorträgen
am Sonntag, dem 3. März 1912
im Lokale Neu-Lauerhof.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
Kappen sind im Lokal zu haben.
Der Vorstand.

EINSEGEL.
Sonntag, den 3. März 1912:
Groß. Kapuzinerfest
verbunden mit Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Um 9 Uhr: Kappen-Polonäse. Eintritt 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
F. Jenkel.

Zentral-Hallen.
Am 10. März 1912:
2. grosse Volks-Maskerade
verbunden mit Kappenfest.
Maskenzug 8 Uhr. Vorzugskarten sind im Lokal zu haben.
H. Pagel.

Konzerthaus „Flora“.
Jeden
Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Freitag, den 8. März:
Ball der Bedienung.
Gustav Gipp.

Konzerthaus.
Zauberflöte.
Neue Kapelle!!!
Oesterreichische
Damen-Kapelle
„Maiglöckchen“,
6 Damen, 2 Herren.
Eintritt frei.
Anfang 4 Uhr.
Ludwig Kock.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Ballmusik.

**Kalnbergs
UNIVERSUM.**
Treffpunkt aller
fröhlichen Menschen!
Sonntag neues Programm.
Neue Künstler.
Dazu das Volksstück:
Zu hoch hinaus
mit **Heinr. Kalnberg.**
Ben. abds. 7 Uhr. Ende 12 Uhr.
Entree 30 Pfg.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 6. März
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
23. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Solist:
Herr **Karl Ulrich (Flöte).**
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Preciosa“ C. M. von Weber.
Siegfried-Idyll R. Wagner.
Fest-Polonäse Swendson.
Potpourri aus „Die Fledermaus“ J. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Hansa-Theater
Dir.: Reinh. Gollbach. Tel. 610.
Tel. 610.
Sonntag nachmittags:
Einmalige Aufführung von
Krone u. Fessel
mit glänzender Ausstattung zu
ermäßigten Preisen.
Täglich:
Gastspiel
Gollbach-Ensemble
Die rote Mühle
Le Moulin rouge.
Aus dem Apachenleben v. Paris.
Mit glänzenden Ausstattungen.
Vorverkauf bei Sager u. Nie-
meyer, Zigarren-Geschäfte.

Neues Stadttheater.
Sonntag, den 3. März. 7 Uhr.
Vollabonnement 142.
Der Rosenkavalier.
Oper von Richard Strauß.
Montag, 4. März. 7 1/2 Uhr.
Die Rheinnixe.
Lustspiel von Heinr. Stobiger.
Vorläufige Anzeige.
Zweimaliges Gastspiel des Kgl.
Bahr. Kammerjägers
Heinrich Knot
von der Kgl. Hofoper in München.
Sonabend, 9. März. Gehöhte Pr.
Siegfried.

Musikdrama von R. Wagner.
Siegfried Heinrich Knot a. G.
Montag, 11. März. Gehöhte Pr.
Die Meistersinger v. Nürnberg.
Oper von R. Wagner.
„Stolzling“ Heinrich Knot a. G.
Stadthallentheater.
Sonntag, den 3. März. 7 1/2 Uhr.
Die Ehre.
Schauspiel von G. Südermann.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Roh. Kohlmarkt 13.